



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Guten Abend miteinander. Ich begrüße euch herzlich zur heutigen Stadtratssitzung. Schön, sind so viele Kolleg:innen und Medienschaffende hier, und heute auch wieder ganz viele Gäste. Herzlich willkommen. Und ich verweise darauf, dass es jederzeit erlaubt ist zu kommen und zu gehen wie Ihr wollt. Das heisst, dass Ihr Euch nicht gezwungen fühlen musst auszuharren. Aber es freut uns natürlich, wenn Ihr das macht. Ich begrüße an dieser Stelle auch ganz herzlich unsere beiden neuen Kollegen. Das ist einerseits Noah Häfliger in der GLP/EVP-Fraktion, herzlich willkommen Noah. Und andererseits Manuel Fischer in der SP/GL-Fraktion. Auch Dich heisse ich herzlich willkommen. Ich wünsche Euch beiden viel Vergnügen und Freude in diesem Amt und auch viel Geduld. Schön seid ihr hier bei uns. Nun bitte ich Stadtratssekretär Michael Strebel um den Appell:

- 38 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend¹.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.
 - 1 Mitglied des Gemeinderates ist für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Es sind zurzeit 38 Stadträtinnen und Stadträte anwesend und somit beschlussfähig. Der Gemeinderat ist mit sechs Mitgliedern anwesend, Markus Gfeller ist abwesend. Gibt es Bemerkungen zur heutigen Traktandenliste? Nein, das sieht nicht so aus.

¹ Zwei Stadratsmitglieder treffen mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 40 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 19. August 2024: Kenntnisnahme

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So schreiten wir zu Traktandum Nr. 1 mit der Kenntnisnahme des Protokolls der Sitzung vom 19. August 2024. Gibt es Bemerkungen zum Protokoll dieser vergangenen Stadtratssitzung? Nein. Merci vielmals allen Mitwirkenden für das Protokoll, insbesondere Dir Thomas für das Verfassen.



2. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Ersatzwahl für die per 21. August 2024 zurückgetretene Agnes Imhof [GL])

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir gehen nun weiter zu Traktandum Nr. 2 mit der Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission. Es geht dabei um die Ersatzwahl von Agnes Imhof, die per 31. August 2024 zurücktrat.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir erhielten dazu Florin Zaugg vorgeschlagen. Gibt es dazu eine Stellungnahme aus der SP/GL-Fraktion?

SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn (GL): Zuerst möchte ich noch an dieser Stelle Agnes Imhof für ihre Arbeit für Langenthal danken; sei es in den Kommissionen, aber auch im Stadtrat. Sie musste leider aus privaten Gründen nach Bern ziehen, was sie selber ebenso bedauerte und somit das Amt abzugeben hatte. Aber es freut uns umso mehr, dass mit Florin eine sehr junge, motivierte Person nachrückt, die Lust auf Lokalpolitik hat und dabei sogar auf die Finanzkommission. Deshalb freuen wir uns, wenn Ihr ihn auch wählt.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Nein. Somit schreiten wir zur Abstimmung. Wer Florin Zaugg als Mitglied der Finanzkommission wählen, zeigt dies mit der Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

Florin Zaugg (GL) wird als Mitglied der Finanzkommission gewählt, mit Wirkung ab 29. Oktober 2024 für den Rest der bis zum 31. Dezember 2024 laufenden Legislaturperiode.



3. Vergabe des externen Revisionsmandates (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2025: Auftragserteilung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3. Es geht dabei um die Vergabe des externen Revisionsmandats, dem Rechnungsprüfungsorgan zur Prüfung der Jahresrechnung 2025 und der entsprechenden Auftragserteilung. Wird das Eintreten bestritten? Nein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit gehen wir zur Beratung über. Dazu ist eine Berichterstattung der Geschäftsprüfungskommission durch Diego Clavadetscher angekündigt.

GPK-Sprecher, Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK beantragt die PriceWaterhouseCoopers AG Bern mit der Prüfung der Jahresrechnung 2025 zu beauftragen. Dieser Auftrag würde Kosten in der Höhe von Fr. 34'000.00 plus Mehrwertsteuer und Auslagen auslösen. Es ist zwingend, dass unsere Jahresrechnung geprüft wird und es ist Tradition, dass wir dazu eine spezialisierte Unternehmung damit beauftragen. Diese Unternehmen werden jeweils im Rahmen einer Ausschreibung ausgesucht. Die letzte Ausschreibung fand 2017 statt und die PwC hat das Amt seit 2019 inne. Sie wurde damals deshalb gewählt, weil die Unternehmung, die im 2017 den Zuschlag erhielt, ihr Mandat nicht mehr weiterführen konnte, sodass man dann eben die PwC damit beauftragte. Sie ist somit bereits seit einer geraumen Zeit dafür verantwortlich.

Würde es nach einem normalen Rhythmus gehen, wäre grundsätzlich wieder an der Zeit, eine Ausschreibung vorzunehmen. Die GPK erwog dies, kam aber aus zwei Gründen zum Schluss, dass es jetzt der falsche Zeitpunkt ist. Erstens haben wir im Finanzamt eine Vakanz, wobei die Funktion als Vorsteherin oder der Vorsteher des Finanzamts im Moment ausgeschrieben ist. Wenn jemand Neues kommt, respektive diese Stelle im Moment noch nicht besetzt ist und man das Amt mit einem Wechsel der Revisionsstelle zusätzlich belasten würde, so wäre dies wahrscheinlich nicht ideal. Zweitens steht auch in der GPK und auch bezüglich der Vorsteherin oder des Vorstehers des Finanzressorts im Gemeinderat ein Wechsel an. Auch dies ist somit nicht unbedingt der ideale Zeitpunkt um das Prüfungsorgan auszuwechseln. Aus diesem Grund entschieden wir das Mandat im kommenden Jahr nochmals der PwC zu übertragen. Der Wermutstropfen dieses Geschäfts ist, dass sich die jährlichen Kosten von Fr. 30'000.00 um Fr. 4'000.00 auf Fr. 34'000.00, wie eingangs erwähnt plus Auslagen und Mehrwertsteuer, erhöhen. Wir sprachen uns auch noch mit Leuten aus der Revisionsbranche ab, die bestätigen, dass das Honorar auf jeden Fall angemessen ist und ganz bestimmt nicht überrissen ausfällt. Das bewog uns zusätzlich dem zuzustimmen. Ich wiederhole somit nochmals, dass Ihnen die GPK die Zustimmung zu diesem Geschäft beantragt, besten Dank.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci für die Berichterstattung aus der GPK. So kommen wir nun zur allgemeinen Beratung. Welche Fraktion möchte sich dazu äussern? Keine. Gibt es Einzelsprecher:innen? Auch nicht. Möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern? Möchte die GPK nochmals das Wort? Dem ist nicht so. So kommen wir bereits zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Geschäftsprüfungskommission gemäss Beschlussesentwurf Ziff. 1 und Ziff. 2 folgen und der PwC diese Revision übertragen möchte, zeigt es mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

- 1. Die PricewaterhouseCoopers AG, Bern, erhält den Auftrag als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle (Rechnungsprüfungsorgan) zur Prüfung der Jahresrechnung 2025 der Stadt Langenthal nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und mit dem offerierten Kostendach von Fr. 34'000.00 (exkl. MWST und Barauslagen).**
- 2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



4 Massnahmen zur Entlastung der Lehrpersonen (Schulsozialarbeit): Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2022: Genehmigung; Befristete Erhöhung des Verpflichtungskredites: Genehmigung und Kreditbewilligung

■ Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen: Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Es folgt nun Traktandum Nr. 4 betreffend Massnahmen zur Entlastung der Lehrpersonen (Schulsozialarbeit) mit der Genehmigung der Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2022, der Genehmigung und Kreditbewilligung einer befristeten Erhöhung des Verpflichtungskredites sowie zum Antrag auf Abschreibung der Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen. Ist das Eintreten dazu bestritten? Nein, das ist nicht der Fall.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit schreiten wir zur Beratung. Wir werden wie folgt vorgehen: Zuerst gibt es eine allgemeine Beratung über das gesamte Geschäft in der bekannten Reihenfolge und dann gehen wir spezifisch in die Detailberatung des Reglements. Wir werden heute Abend zu diesem Geschäft dreimal abstimmen, sodass es zu jeder Ziff. I, Ziff. II und Ziff. III eine gesonderte Abstimmung gibt. Wenn Ihr Anträge habt, die sich nicht auf das Reglement beziehen, beispielsweise zum Beschlussesentwurf, so könnt Ihr diese in der allgemeinen Beratung bereits nennen, worüber wir dann aber erst nach der Detailberatung mit dem bereinigten Reglement diskutieren und abstimmen. Ist das Vorgehen soweit klar? Gut. So starten wir mit der allgemeinen Beratung. Dazu ist eine Berichterstattung von Gemeinderat Matthias Wüthrich, Ressortvorsteher Bildung und Jugend angekündigt.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Heute Abend diskutieren wir darüber, ob wir erstens die Motion über die Entlastung der Lehrpersonen abschreiben wollen. Das setzt allerdings zuerst voraus, dass dafür ein Reglement vorliegt, das diese Entlastung festhält. Dieses Reglement kommt heute Abend ebenso zur Abstimmung, worin beschrieben wird, dass wir dies selber machen können oder es extern vergeben. Es gab im letzten Jahr auf Begehren des Stadtrats noch diese Erhöhung des Budgetkredits um Fr. 30'000.00. Und dies versuchten wir so sinnvoll wie möglich in diese Vorlage aufzunehmen. Dabei war es unsere Überlegung, dass wir den Entscheid des Stadtrats respektieren wollen und wir diese Erhöhung somit auch vornehmen, diese aber nur solange einzusetzen, wie sie benötigt wird, um diese Evaluation durchzuführen, was wir ja bereits bei Einführung des Geschäfts versprochen. Danach soll mit gefestigten Erkenntnissen dargelegt werden können, was wir in Langenthal benötigen und was nicht und in welche Richtung wir uns entwickeln wollen. Dem Vernehmen nach gibt es diverse Anträge, sodass ich auf die Diskussion gespannt bin. Ich werde mich dann später auch noch zu den jeweiligen Anträgen äussern und so wie ich mitbekam, bereitetet Ihr Euch alle ja sehr gut auf dieses Geschäft vor. Danke vielmals für eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Eine Berichterstattung aus der Geschäftsprüfungskommission ist keine angekündigt. Änderte sich dies in der Zwischenzeit? Nein. So kommen wir nun zu den Fraktionen. Welcher Fraktion darf ich das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Die FDP/jll-Fraktion diskutierte an der letzten Fraktionssitzung eine lange Zeit über dieses Traktandum, was somit die meiste Zeit einnahm, wonach die weiteren Traktanden nicht so ergiebig waren. Wir waren uns alle einig, dass die Schulsozialarbeit wichtig ist und Langenthal mit seinen Schulzentren diese Dienstleistung braucht. Die Situation an unseren Schulen wird von Jahr zu Jahr anspruchsvoller. Das Bedürfnis nach Hilfe, bei diesem immer schwieriger werdenden Schulalltag, ist gross. Wenn Langenthal als Schulstandort attraktiv bleiben will, können wir nicht auf Schulsozialarbeit verzichten; oder wie man so schön von der «Entlastung von Lehrpersonen» spricht, was ich nun aber nicht jedes Mal noch ergänze, meinen wir doch alle dasselbe. Insbesondere beim vorherrschenden Lehrermangel, von dem wir alle wissen, ist es speziell wichtig, dass die Lehrerinnen und Lehrer wissen, dass



sie hier in Langenthal bei ihren Problemen im Schulalltag richtig unterstützt werden. Mir persönlich liegt es sehr am Herzen, unseren Lehrkräften und unseren Kindern die nötige Hilfe und Unterstützung zu bieten. Wir von der FDP/jll-Fraktion reichten einen Beschlussesantrag ein, den Ihr dann später noch lesen könnt. Und ich hoffe, dass ich an dieser Stelle auch noch etwas zur Abschreibung der Motion sagen darf, ohne damit irgendeinen Fehler zu begehen und es in Ordnung ist, wenn ich es hier in der allgemeinen Beratung anbringe. Wir sind weiterhin einstimmig gegen die Abschreibung der Motion, da die geforderte Budgetneutralität mit dieser Erhöhung um Fr. 30'000.00 nicht gewährleistet ist. Unserer Meinung nach kann die Motion erst dann abgeschrieben werden, wenn sichergestellt wird, dass die hängige Motion «Konsolidierung der Finanzpolitik Langenthal» auch wirklich umgesetzt ist. Merci.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Wir hörten zusammengefasst um was es hier geht, nämlich nach wie vor um dieses Angebot zur Entlastung der Lehrpersonen. Wir hörten ebenso, dass dies auf eine Motion aus dem Jahr 2017 zurückzuführen und eigentlich auch eine Folge aus der Budgetberatung 2024 ist, als man einer einmaligen Erhöhung für das Jahr 2024 um Fr. 30'000.00 zustimmte, um mehr Massnahmen zur Entlastung der Lehrpersonen durchführen zu können. Mit dem vorliegenden Antrag – und das möchte ich hier wirklich nochmals bewusst machen – reden wir nicht nur davon diesen einmaligen Betrag gutzusprechen, sondern wir reden im Klartext darüber, den für das Jahr 2025 gutzuheissen, als auch anteilmässig für das Jahr 2026. Das kann auch gut mit dem vergebenen Leistungsvertrag begründet werden. Ausserdem soll dabei auch das Reglement zum Schulwesen um den Art. 7f angepasst und ergänzt werden, wie es schon Gemeinderat Wüthrich ankündigte. Dieser soll die zukünftige Entlastung der Lehrpersonen auch im Reglement festhalten. Des Weiteren soll die Motion abgeschrieben werden.

So weit, so gut. Auch wenn die SVP-Fraktion der Schulsozialarbeit gegenüber immer sehr kritisch eingestellt war, so sind wir – wie die seinerzeit eingereichte Motion zeigte – definitiv überzeugt, dass wir etwas für unser Schulpersonal, für unsere Lehrpersonen machen müssen und sie definitiv eine Entlastung brauchen. Die Schulen sind heute sehr diversitätsmässig aufgestellt. Wir haben viele Kinder mit anderem religiösem Hintergrund und mit einer anderen Auffassung von Bildung in den Schulen. Wie wir dies auch von einem Schulleiter im Hard hörten, führt dies Spannungen und Massnahmen, die getätigt werden müssen. Gleichzeitig enthält dieses Traktandum aus unserer Sicht aber auch verschiedene zu lösende Unwägbarkeiten. Wie gesagt wurde für das Budget 2024 auf Antrag der SP/GL-Fraktion bereits eine Erhöhung um Fr. 30'000.00 genehmigt. Damals war – wie sich aus dem Protokoll ergibt – aber zweifellos klar, dass zum Ausgeben auch noch ein eigentlicher Beschluss nötig ist. Das kann man übrigens im Stadtratsprotokoll vom 28. August 2023 entsprechend nachlesen. Dieser wird nun aber erst jetzt gegen Ende 2024 vorgelegt. Das heisst, dass an sich das Geld für 2024 bis jetzt eigentlich noch gar nicht hätte ausgegeben werden dürfen.

Jetzt muss ich zuerst schauen, was ich im Rahmen des Beratungsablaufs aufgrund der Vorgaben der Stadtratspräsidentin hier noch sagen darf. Art. 7, Abs. 3 des Reglementsentwurfs verlangt eine Genehmigung des Vertrags durch das finanzkompetente Organ. Aber die jetzige Vorlage enthält gar keine Genehmigung eines Vertrages, sondern ehrlich gesagt nur Kreditbeschlüsse. Wir sträuben uns dabei nicht einmal dagegen, dem ursprünglich einmaligen Betrag auch auf die Jahre 2025 und anteilmässig auf 2026 zuzustimmen. Hingegen stören wir uns einfach extrem an der einseitigen Namensänderung. Dabei macht man aus der Motion «Entlastung der Lehrpersonen» einfach neu «Schulsozialarbeit». Warum ist das so? Wenn man sich den Katalog der Aufgaben der Schulsozialarbeit des Kantons Bern ansieht, so gehört nicht nur die Entlastung der Lehrpersonen dazu. Nur mit dem Begriff «Schulsozialarbeit» können wir so nicht leben. Auch die Finanzkommission wollte, dass der Titel «Entlastung der Lehrpersonen» beibehalten wird und formulierte einen entsprechenden Änderungseintrag zuhanden des Gemeinderates. Dieser wurde dann aber abgelehnt. Ich schaute dazu im Protokoll nach, wonach dies ohne weitere Begründung geschah. Und auch ich möchte schon, wie bereits Franziska Zaugg von der FDP/jll-Fraktion darum bat, dass die Motion nicht abgeschrieben wird, solange die ausserordentliche Kommission zur Finanzlage und Schuldenbremse nicht zu einem abschliessenden Ergebnis gekommen ist. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals. Fühlt Euch bitte nicht verunsichert vom Ablauf, sondern sagt natürlich, was Ihr zu sagen habt. Ansonsten wiederholt Ihr Euch einfach nochmals in



der Detailberatung. Dort werden wir dann die konkreten Anträge zum Reglement diskutieren können. Bis jetzt funktionierte dies ja sehr gut.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Es freut mich ausserordentlich, dass gesehen wird, dass wir etwas machen müssen und dass man unseren Lehrpersonen, aber auch unseren Kindern, die heutigen Möglichkeiten zur Verfügung stellen kann, sollte und muss, damit sie den richtigen Weg begehen können. Ich bin dann auch sehr gespannt auf die vorgesehene Evaluation und was dabei herauskommt. Deshalb bin ich auch dankbar, dass dieses Reglement kurz und knackig gehalten wurde. Die Schulsozialarbeit oder eben die Entlastung der Lehrpersonen hiess bei der ersten Einführung 2016 noch «Schulsozialarbeit». Es wurde dann in «Entlastung der Lehrpersonen» umbenannt. Dazu kann Patrick Freudiger oder Pascal Dietrich sicher mehr sagen, wie das damals ablief, war ich doch damals noch nicht dabei. Wir können dem Geschäft so zustimmen und werden dann bei diesen verschiedenen Anträgen situativ entscheiden, welche Argumente für oder gegen die Anträge sprechen. Hinsichtlich der Abschreibung der Motion sind wir der Meinung, dass diese Fr. 30'000.00 zuerst aus dem Budget rausgestrichen wurden und die Motion somit eigentlich erfüllt ist. Wenn sie dann allerdings nicht abgeschrieben wird, können wir sicher gut damit leben. Für uns ist primär wichtig, dass wir heute dieses Geld sprechen dürfen und können, damit diese Kinder und Lehrpersonen richtig unterstützt werden können. Merci vielmals.

GLP/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Der GLP/EVP-Fraktion ist es sehr wichtig, dass es eine Schulsozialarbeit gibt und dass diese auch bleibt. Bei den heutigen Herausforderungen der Volksschule wie beispielsweise eine grosse Heterogenität, eine zunehmende Belastung der Lehrpersonen, Herausforderungen bei den Schülerinnen und Schülern persönlich, vermehrter Schulabsentismus – und dazu liessen sich noch weitere Punkte anführen – ist es sehr wichtig, dass es eine Anlaufstelle wie die Schulsozialarbeit gibt. Es ist ein niederschwelliges Angebot, sowohl für Schülerinnen und Schüler, wie auch für Eltern, aber auch für Lehrpersonen. Bei uns im Oberaargau, an der Grenze zu den Kantonen Aargau, Solothurn und Luzern, in denen andere Bedingungen in den Schulen vorherrschen, müssen wir besonders gut aufpassen, dass die Schule als Arbeitsort attraktiv bleibt und so auch die Lehrpersonen unterstützt werden können, unter anderem mit einer Schulsozialarbeit. In meinem Studium als Lehrperson, das noch nicht soweit zurückliegt, wurde Langenthal einmal erwähnt – und zwar nicht so rühmlich – als grösster Ort, der eben noch keine Schulsozialarbeit anbot. Das dies noch einmal passiert, wollen wir absolut verhindern. Wir werden deshalb diesem Geschäft zustimmen und bei den einzelnen Anträgen werden wir unterschiedlich abstimmen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir jetzt zu den Einzelsprecher:innen. Wem darf ich das Wort übergeben? Gut, das möchte niemand im Rahmen der allgemeinen Beratung. Möchte der Gemeinderat im Rahmen der allgemeinen Beratung nochmals das Wort?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Ich glaube, dass wir heute Abend alle dasselbe wollen. Deshalb bitte ich Euch darum, dass Ihr Euch vielleicht auch mit einem Kompromiss zufriedengeben könnt. So wie ich vernahm, gibt es diverse Anträge, die Sachen wollen, die gegenüber der bisherigen Vorgehensweise in der Stadt Langenthal eher unüblich sind. Es gibt auch Anträge, zu denen der Gemeinderat eine Meinung fasste, von der ich dann ebenso wenig abweichen kann. Ich hoffe deshalb, dass Ihr meine entsprechenden Aussagen versteht und wir heute Abend doch zu einem Beschluss kommen, damit dann eben die Lehrpersonen im von uns beabsichtigten Umfang entlastet werden können. Danke und ich bin gespannt auf die weitere Beratung.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, so schreiten wir jetzt zur Detailberatung und gehen nun auf die bereits schon oft angekündigten Anträge ein. Wir reden dabei über die Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal und konkret reden wir über Art. 7f. Dazu frage ich an, welcher Fraktion ich das Wort erteilen kann?

GLP/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (GLP): Wie es Janina Müller zuvor schon sagte, wollen wir diese Entlastung der Lehrpersonen unbedingt. Wenn es der SVP geholfen ist, dass wir es «Entlastung der Lehrpersonen» nennen und nicht «Schulsozialarbeit», dann stimmen wir dem einstimmig zu. Für uns ist wichtig, dass das Geld fliessen kann. Merci.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Es steht ja nun ein Antrag zu Art. 7f, Abs. 1 im Raum. Gibt es nun weitere Anträge zu diesem Absatz? Gut, so steigen wir in die Diskussion zu diesem Antrag ein. Wer möchte sich dazu äussern?

Antrag zu Art 7f, Abs. 1

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Corinna Grossenbacher verwies zuvor auf den Leitfaden der Schulsozialarbeit des Kantons Bern. Ich kenne diesen Leitfaden ebenso. In der Einleitung steht, dass die Schulsozialarbeit von der Bevölkerung zunehmend akzeptiert wird. Ich muss dazu noch ergänzen, dass dieser Leitfaden aus dem Jahr 2013 stammt und somit nicht mehr ganz so jung ist. Dabei leistet die Schulsozialarbeit einen Beitrag dazu, die Lehrpersonen zu entlasten und zu beraten. Das ist super und das haben wir hier auch mit Eurem Einschub vorliegen. Es geht aber noch um zwei weitere Punkte; nämlich darum, die Kinder und Jugendlichen zu begleiten und zu beraten und auch Familien zu beraten und zu unterstützen. Ja, wollen wir das denn nicht? Wollen wir Kinder und Jugendliche nicht begleiten und unterstützen? Wollen wir Familien nicht beraten und unterstützen? Wenn wir dies so festlegen, müssten wir eigentlich zum Schluss kommen, dass die Schulsozialarbeit nur noch für die Lehrpersonen da ist. Aber genau die anderen Punkte unterstützen und entlasten die Lehrpersonen ja genauso. Wieso müssen wir dies dann so einseitig und gleichzeitig «gummig» formulieren? Ich bitte Euch diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Als was redest Du?

Pascal Dietrich (parteilos): Ich bin Mitglied der FDP/JL-Fraktion und rede hier aber als Einzelsprecher. Mich dünkt es wichtig, dass man bei diesem Antrag kurz zurückschaut, wie es auch Sandro Baumgartner bereits ansprach. Dabei geht es um die Debatte, die wir dazu in den Jahren 2016 und 2017 führten. Da ging es jeweils noch recht hitzig zu und her. Warum war dies so? Weil man damals eben die Schulsozialarbeit oder dann die Entlastung der Lehrpersonen diskutierte. Und bis heute höre ich ab und zu, dass unsere Seite dagegen war. Das stimmt vielleicht zum Teil, aber ganz richtig ist es aber auch nicht. Vor allem ist es auch nicht richtig, wenn das gesagt wird, was Janina Müller formulierte, wonach im Kanton herumerzählt wird, dass Langenthal diesbezüglich nichts anzubieten hat. Warum waren wir damals nicht damit einverstanden, dass man einfach eine «normale» Schulsozialarbeit einführt, wie sie dann vielleicht Huttwil einführt. Dies war genau deshalb der Fall, weil wir sagten, dass es weder richtig ist, noch etwas bringt, wenn man nochmals eine neue Institution involviert, nachdem man hier in Langenthal bereits drei solcher Institutionen hatte, die sich im gleichen oder ähnlichen Bereich bewegen.

Wir haben auf der einen Seite das Kinderheim «Schoren», heute die SCHOIO AG¹, die sich mit diesem Thema beschäftigt und wir haben auch ToKJO, der bekannte Trägerverein für Kinder und Jugendarbeit. Und dann gibt es als Drittes auch noch die EB, die Erziehungsberatung. Das sind drei Institutionen, die alle ihren Sitz in Langenthal und Leute in Langenthal haben, die entsprechend ausgebildet sind und in diesem Metier arbeiten. Und wir sagten, dass es doch nicht sinnvoll ist, wenn man hier erneut etwas Neues auf die Beine stellt, das natürlich viel kostet. Es ist klar, dass man in gewissen Situationen in der Schule Unterstützung anbieten muss und wir nie die Ansicht vertraten, dass wir dies nicht wollen. Unsere Idee war es vielmehr, dass man auf den bestehenden Institutionen etwas aufbauen sollte. Und wie man sieht, gelang dies ja auch und kam von dem her eigentlich auch gut. Das ist soweit der geschichtliche Hintergrund, warum nun gerne hätten, dass dies weiterhin auch so formuliert wird. Zudem lag in Langenthal nicht dieselbe Ausgangslage wie in Huttwil vor, wo ansonsten gar kein Angebot bestand. Deshalb wäre es aus unserer Sicht auch richtig, wenn man dies so berücksichtigt und auch weiterhin so ins Reglement schreibt. Die Bedenken von Nathalie Scheibli, dass damit Familien nicht mehr geholfen wird, sind von mir aus gesehen nicht berechtigt, weil wir in Langenthal genügend Institutionen haben, die dies in diesem Bereich anbieten und leisten können. Und dies wird ja auch gemacht und passiert auch. Vor diesem Hintergrund möchte ich Euch bitten diesem Antrag so zuzustimmen. Danke.

¹ SCHOIO = gemeinnützige Organisation im Bereich der Familienhilfe



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Ich mache es hiermit deutlicher und frage, ob es noch weitere Fraktionssprecher:innen gibt? Nein, so kommen wir also nochmals zu den Einzelsprecher:innen.

Cornelia Gerber-Schärer (SP): An Pascal Dietrich gerichtet möchte ich einfach ergänzen, dass wir auf dem Papier ein Super-Angebot haben. Ich denke, dass ich hier auch aus professioneller Sicht sprechen kann, dass die EB und alle tollen Angebote, die wir haben, sehr gut sind, es dabei aber eine Wartefrist von einem Jahr gibt. Ich werde mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten, weil mir die Formulierung keine Rolle spielt, wenn man anerkennt, was Lehrpersonen in Langenthal alles leisten. Ich möchte, dass es sich beim Begriff «Entlastung der Lehrpersonen» nicht einfach um einen Worthülse handelt, zumal Lehrpersonen laufend so viele unterschiedliche Gespräche zu führen haben. Was im Moment ganz besonders ins Gewicht fällt – und es ist mir einfach wichtig dies zu erwähnen und wenn Ihr es bereits wisst, umso besser – sind vor allem die Elterngespräche. Aufgrund der Elterngesprächen und der Kriseninterventionen gibt es beinahe keine Woche, in der nicht eine schwierige Situation zu bewältigen ist, sei es, weil Kinder Panikattacken haben etc. pp. Was ich dazu noch anmerken möchte, ist, dass den Lehrpersonen einfach auch deshalb manchmal die Hände gebunden sind, weil auch die Eltern noch mehr in die Verantwortung genommen werden müssten; mir ist dabei klar, dass es hier um eine andere Instanz geht und ich damit den Rahmen öffne und eine andere Geschichte ist, die auf kantonaler Ebene geregelt werden müsste. Mir geht es einfach darum, dass man damit nicht die unglaubliche Aufgabe schmälert, die heute eine Lehrperson in der Volksschule zu erfüllen hat, indem man einfach sagt, dass es sich hier um eine Entlastung der Lehrpersonen handelt. Es haftet dieser Beschreibung eben gleichwohl etwas Seltsames an, weshalb ich nochmals darauf aufmerksam machen wollte, dass es hier um eine sehr komplexe Herausforderung geht und man dem Tagesgeschäft als Lehrperson manchmal fast nicht mehr nachgehen und die Sicherheit gewährleisten kann. Danke vielmals.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ich glaube, dass wir uns nicht mehr darüber unterhalten müssen, ob wir dies alles gut finden oder nicht. Das hörte man in den letzten Voten durch alle Fraktion hindurch, dass wir alle für diese Schulsozialarbeit sind und dass hier gute Arbeit geleistet wird und wir alle finden, dass sie nötig ist. Ich glaube, darüber müssen wir heute Abend gar nicht mehr diskutieren, betrifft es doch denjenigen Punkt, über den alle 40 Anwesenden einig sind. Und nun komme ich mit einem gänzlich rationalen Grund, warum ich hier zustimmen werde. Ich meine, das lief nun unter dem Begriff «Entlastung der Lehrpersonen» an, das ist bekannt und bewährte sich unter diesem Namen und somit ist es für mich ein Grund, dem zuzustimmen, sodass eben nicht nur «Sozialarbeit» im Reglement steht, sondern eben derjenige Ausdruck, den wir uns gewohnt sind. Deshalb werde ich diesem Antrag ganz bestimmt zustimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen?

Martin Lerch (SVP): Ich bin kein Bildungspolitiker und ich befasste mich nicht intensiv mit der Thematik. Ich wurde aber kürzlich von einem Schulleiter in Langenthal eingeladen. Dabei erklärte er mir seine «Freuden und Leiden». Ich nahm im Zusammenhang mit der Bildungsdirektion des Kantons Bern an einem Schulbesuch teil, die so etwas regelmässig organisiert. Dies war in Madiswil beim Heimschulsozialdienst. Ich erlebe in der Gesundheits- und Sozialkommission des Kantons Bern, dass wir bei der Kinderpsychiatrie Wartelisten bis zu einem Jahr haben. Das kostet und schenkt ein, wenn Kinder hospitalisiert oder auch nur ambulant betreut werden müssen. Das führt dann zu ganz anderen Beträgen, als über was wir hier heute Abend reden. Deshalb ist das Ganze für mich ein bisschen ein «Streit um des Kaiser's Bart», ist doch viel mehr wichtig, dass wir handeln. Und wie Franziska Zaugg festhielt, ist die Notwendigkeit auch völlig unbestritten. Deshalb sollten wir uns heute Abend einigen. Ich sehe, dass hier geschichtliche Gründe vorliegen, sodass ich diesem Antrag zustimmen kann. Aber wichtig ist, dass wir das Ganze mehrheitlich durchbringen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses Antrags.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es noch weitere Einzelsprecher:innen? Nein. So würden wir dann über diesen Antrag abstimmen. Möchte die GLP/EVP-Fraktion als Antragstellerin nochmals das Wort? Nein. Nun möchte sich Gemeinderat Matthias Wüthrich nochmals dazu äussern, bevor wir zur Abstimmung schreiten.



Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Wenn dies aus dem Protokoll nicht richtig hervorging, wieso der Gemeinderat den Antrag der Finanzkommission ablehnte, so möchte ich vielleicht noch meinen Beweggrund erläutern, weshalb ich ihn ablehnte. Wenn ich ein Reglement lese, so ist es mir wichtig, dass darin Fachbegriffe vorkommen, deren Bedeutung ich dann als Nicht-Jurist irgendwo nachschlagen kann. Wenn dann der Nachfolger meines Nachfolgers in acht bis zwölf Jahren irgendeinmal schauen geht, was «Schulsozialarbeit» in Form von «Entlastung der Lehrpersonen» bedeutet, so findet er dann ausser den Langenthaler Stadtrats-Protokollen nicht sehr viel Informationen. Deshalb war es auch mein Antrag, dass man hier dieses Kind «Schulsozialarbeit» nennen, so wie es auch von unseren Partnern, die das uns und anderen Gemeinden anbieten, verkauft wird und im Kanton leider nur mit 10% abgerechnet werden kann. Ich möchte die geleistete Vorarbeit und all das, was angedacht wurde und auch das heute existierende System in Langenthal durch die explizite Forderung zur Entlastung der Lehrpersonen auf keinen Fall schmälern. Und jedes Mitglied der Volksschulkommission kann Euch hier bestätigen, dass ich mich beim Reporting immer wieder darüber erkundige, ob die Entlastung bei den Lehrpersonen auch effektiv ankommt. Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So schreiten wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der GLP/EVP-Fraktion. Dieser steht dem Reglementsentwurf des Gemeinderates gegenüber. Wir stimmen also nicht mit Ja oder Nein, sondern in dem Sinne, wer für den Antrag und wer für den Vorschlag des Gemeinderates ist. Wer diesem Antrag der GLP/EVP-Fraktion zustimmen möchte, zeigt es mit der orangen Karte. Wer ist für die Version des Gemeinderates und votiert gegen diesen Antrag? Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der GLP/EVP-Fraktion zu Art 7f, Abs. 1 (neu) vs. Antrag des Gemeinderates

25 Ja angenommen

11 Nein abgelehnt

3 Enthaltungen

GLP/EVP-Fraktion
Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag

Art. 7f Absatz 1 (neu)

¹ Die Stadt bietet Schulsozialarbeit in der Form der Entlastung der Lehrpersonen an.

Begründung:

Das bewährte und unbestrittene Modell unter dem bekannten Namen weiterführen.

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4

Antrag zu Art 7f, Abs. 2

Wir fahren jetzt mit der Detailberatung von Art. 7f fort und kommen zu Abs. 2. Gibt es dazu Anträge?

FDP/jll-Fraktion, Franziska Zaugg-Streuli (FDP):

Ihr seht hier die Formulierung unseres Antrags eingeblendet, sodass ich darauf verzichte ihn vorzulesen. Wir von der FDP/jll-Fraktion unterstützen es sehr, dass die Schulsozialarbeit, oder eben die Entlastung der Lehrpersonen von Schokito¹, einer Institution von Langenthal angeboten wird. Merci.

FDP/jll-Fraktion
Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag FDP/jll-Fraktion

Art. 7f Absatz 2 (neu)

¹ Die Leistungserbringung wird an eine Organisation ausserhalb der Verwaltung mit Sitz im Verwaltungskreis Oberaargau übertragen.

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4

¹ Schokito = Schulsozialarbeits-Modell der beiden Kooperationspartner Schoio AG und ToKJO



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit steigen wir in die Diskussion zu diesem Antrag ein. Welcher Fraktion darf ich das Wort übergeben?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir diskutierten diesen Antrag eingehend und wären dabei noch für eine Klärung dankbar. Wieso muss dieses «kann» auf «wird» geändert werden? Was machen wir, wenn es Schokito plötzlich nicht mehr gibt und wir keine entsprechende Institution finden? Burgdorf würde dies auch anbieten und sie machen es für Bützberg. Diese könnten wir dann nicht mehr berücksichtigen. Das wäre ja schade. Wenn man damit Geld sparen könnte, frage ich mich, wieso wir dies nicht intern machen könnten? Wer weiss schon, welche weiteren Möglichkeiten sich hier noch offenbaren oder welche Türen wir mit diesem «wird» zuschlagen? Somit wäre ich dankbar, wenn man dieses «wird» nicht hineinnehmen würde. Merci.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Antrag der FDP/jll-Fraktion unterstützen. Wieso ist das so? Vielleicht bekommst Du damit bereits eine Antwort auf Deine «kann»-Formulierung. Wir haben in der Verwaltung von Langenthal sehr gute Beispiele dafür – ich erinnere dabei an die Ferieninsel – bei denen man feststellen kann, dass es in der Regel teuer wird und sich als unflexibel erweist. Bei einer externen Vergabe stellt man immer wieder fest, wie flexibel es doch gestaltet werden kann. Dies zeigt sich nun gerade auch bei der Entlastung der Lehrpersonen mit der Zusammenarbeit mit Schokito und auch den anderen Playern. Ich glaube, wenn all das stimmt, was ich heute Abend hörte, auch was Martin Lerch anführte, so geht es hier um einen Zweig, mit dem auch in der Privatwirtschaft zukünftig sehr gut Geld verdient werden kann. Merci.

GLP/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Wir sind bei diesem Antrag geteilter Meinung. Dies aus demselben Grund wie es bereits Sandro Baumgartner ausführte. Ein Teil unserer Fraktion hat ebenso das Gefühl, dass man sich etwas verbauen könnte, wenn man es quasi festschreibt, dass es nicht intern geregelt werden kann. Deshalb werden wir nicht alle gleich abstimmen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So kommen wir jetzt zu den Einzelsprecher:innen. Wem darf ich das Wort übergeben?

Nathalie Scheibli (SP): Die Frage, die Sandro Baumgartner stelle, was dann ist, wenn uns nach einer Ausschreibung keine Bewerbung vorliegt, ist für mich irgendwie noch nicht wirklich beantwortet. Wir haben im Reglement die Schulsozialarbeit festgeschrieben, was bedeutet, dass wir es anbieten müssen. Was ist, wenn sich niemand dafür bewirbt? Was ist, wenn bei der Evaluation, die noch in diesem Schuljahr stattfindet, festgestellt wird, dass sich die Zusammenarbeit mit den jetzigen Partnern vielleicht als schwierig erweist oder diese Partner den Auftrag nicht weiterführen wollen? Das kann ja absolut auch sein, dass die Partner sagen, dass es mit Langenthal schwierig ist. Was passiert denn dann? Als wir mit den Tagesschulangeboten starteten, erinnere ich mich daran, dass man zuerst sagte, es auszulagern, weil es dann weniger zu tun gibt. Man hatte «leolea»¹ nicht manche Jahre und machte es danach selber, was jetzt gar nicht so schlecht läuft. Ich würde deshalb beliebt machen, dass man diese «kann»-Formulierung stehen lässt; man verliert nichts damit, kann man es doch auslagern, aber man kann es auch selber machen, je nach Marktsituation und der Verfügbarkeit möglicher Partnerinnen und Partner in der Schulsozialarbeit. Danke für die Aufmerksamkeit.

Patrick Freudiger (SVP): Ich möchte eigentlich beliebt machen diesem Antrag zuzustimmen. Ich habe den Eindruck, dass man in die Effizienz und Flexibilität ein bisschen falsche Hoffnungen setzt, wenn man hier nun eine «kann»-Formulierung berücksichtigt. Wenn Sie den jetzigen Antrag lesen, der vom Gemeinderat gemäss B&A vorliegt, so ist es ja so, dass der Stadtrat als mutmasslich finanzkompetentes Organ einen solchen Vertrag genehmigen müsste. Dies bedeutet, dass, wenn man dann einmal zum Schluss kommt, dass es eine stadteigene Lösung braucht, man dann niemanden hätte, der den entsprechenden Vertrag

¹ leolea = Organisation für familienergänzende Kinderbetreuung



genehmigt, sodass diese Vorlage grundsätzlich neu aufzugleisen wäre. Es ist ja im Setting bereits angedacht, wie es zuvor vom zuständigen Gemeinderat vorgestellt wurde, dass man dies befristet und man damit im Sommer 2026 so oder so wieder ins Parlament kommt. Die Idee, dass man irgendwo ein Mass an Flexibilität gewinnen würde, wenn man jetzt hier «kann» reinschreibt, erachte ich als verfehlte Hoffnung. Ich habe im Gegenteil den Eindruck, dass wir uns hier von links bis rechts einig sind, dass Langenthal mit diesem Sonderweg bisher eigentlich gut fuhr, was durchaus mehr hergibt als diese rein terminologische Frage, ob man es nun «Schulsozialarbeit» oder «Entlastung der Lehrpersonen» nennt, so wie es auch schon Pascal Dietrich festhielt. Wir haben heute ein Modell, das mit einem regionalen Anbieter auf unsere Bedürfnisse abgestimmt ist, der die hiesigen Verhältnisse kennt. Wir wollen keine ausserkantonalen Anbieter und wir wollen auch keine Probleme à la SIP¹ 2.0. Wir wollen Leute vor Ort, die die Bedürfnisse kennen und auch direkter helfen können. So ist es dann auch folgerichtig, wenn man dann auch zu diesem Langenthaler Modell steht. Dann braucht es auch keine «kann»-Relativierungen und hypothetische Möglichkeiten, gleichwohl wieder einen Anbieter eines anderen Kantons damit beauftragen zu können. Ich denke, dann dürfen wir auch mit dem nötigen Selbstbewusstsein zu diesem Langenthaler Modell stehen. Deshalb unterstütze ich auch den Antrag, so wie er hier zu Abs. 2 wie von der FDP vorgeschlagen vorliegt. Merci.

Georg Cap (GL): Ich finde es unglaublich speziell, wie stolz Patrick Freudiger hier mit dem Langenthaler Modell um sich wedelt, obwohl uns Janina Müller eben erst vor wenigen Minuten erklärte, dass dieses famose Langenthaler Modell an der Pädagogischen Hochschule Bern als absolut grandioses Negativbeispiel im Kanton zitiert wird. Das finde ich wirklich unglaublich. Seien wir ehrlich, um was geht es bei dieser Änderung? Es geht wieder einmal darum, dass man keine Offenheit zeigen will und man möglichst das alte Modell bewahren will, das aber offensichtlich nicht so optimal ist, indem man diese «kann»-Formulierung streicht. Ich gebe dabei Patrick Freudiger recht, dass diese «kann»-Formulierung nicht unbedingt zu mehr Flexibilität führt, aber wir lassen uns damit definitiv mehr Optionen offen, als wenn wir dies wie vorgeschlagen formulieren. Damit schränken wir uns unglaublich ein. Es wurde bereits erwähnt, dass es im Oberaargau gar nicht so viele Player gibt, die das auch anbieten können. Vielleicht zeigt es sich irgendeinmal, dass es ja durchaus die richtige Lösung ist, wenn es die Stadt übernimmt. Damit verbauen wir uns diese Variante. Braucht man dann eine andere Lösung, muss man alles wieder komplett von vorne anfangen. Mit dieser «kann»-Formulierung könnte man elegantere und bessere Lösungen finden. Seien wir ehrlich, hier geht es einfach wieder einmal darum, so gut wie es geht Geld zu sparen und dabei eine möglich billige Premium-Low-Budget-Version zu suchen. Ich finde es ein bisschen lächerlich, wie hier alle so pathetisch hervorheben, wie wichtig ihnen das Kindeswohl und die Entlastung der Lehrpersonen ist. Aber am Schluss geht es aber allen nur darum, irgendeine Low-Budget-Version zu finden und dies möglichst im Reglement zu zementieren, dass nichts anderes möglich ist als solche Low-Budget-Versionen. Das finde ich ziemlich schlecht.

Janina Müller (EVP): Ich wurde nun mehrfach erwähnt, sodass ich es gerne noch einmal wiederholen möchte, was ich in meinem vorherigen Votum sagte. Ich sagte, dass Langenthal in meiner Ausbildung als negatives Beispiel erwähnt wurde. Meine Ausbildung liegt ein paar Jahre zurück. Ich schloss im Jahr 2018 ab und dannzumal hatte Langenthal noch keine Schulsozialarbeit, als dies erwähnt wurde. Und ich möchte verhindern, dass dies noch einmal passiert. Deshalb setze ich mich für eine gute Schulsozialarbeit ein.

Gerhard Käser (SP): Wir fanden nun bereits Vieles unglaublich. Was aber ich unglaublich finde, ist einmal mehr die Aussage, dass, wenn diese Aufgabe in die Verwaltung eingegliedert wird, sich dieser Apparat aufbläst, ineffizient gearbeitet wird und wir dann schlussendlich mehr für wohl weniger Leistung zahlen. Und das ist nicht korrekt. Und hier wehre ich mich bereits seit Jahren gegen das Bashing gegenüber den Institutionen. Es trifft nicht zu, dass dann schlechter gearbeitet würde, wenn dies in die Verwaltung eingegliedert würde. Es ist möglich, dass die Evaluation aufzeigen könnte – was wir jetzt einmal nicht denken – dass mit dem laufenden Erwachsenen- und Schüler:innenzugang bei Fr. 162'000.00 zu viele Players in diesen Zentren mitspielen und man nur eine Ansprechperson hat. Dabei könnte es durchaus sein, dass man die gesamte Entlastung der Lehrpersonen vielleicht auf zwei Leute verteilt. Dies könnte vielleicht sogar zu einer

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention



Möglichkeit führen, dass diese beiden Personen von der Verwaltung angestellt würden und es somit auch nicht jedes halbe Jahr einen Wechsel gibt. Auch dies wäre möglich. Vielleicht würde es ja sogar weniger kosten.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelvoten zu diesem Antrag der FDP/jll-Fraktion?

Diego Clavadetscher (FDP): Wenn wir heute Abend nicht miteinander in ein Gehetze kommen wollen, müssen wir uns im Klaren sein, über was wir reden. Über was wir bei diesem Geschäft reden, findet man in der Einleitung unter der ersten Ziffer gemäss Bericht und Antrag des Gemeinderates. Es geht hier um die «Umsetzung der Motion der FDP/jll-, SVP- und GLP/EVP-Fraktion» etc. etc. Was der Gemeinderat uns vorschlägt, ist das entsprechende Weiterführen plus Fr. 30'000.00, zu denen wir Ja sagten. Sie spüren, dass es gegenüber dem Wesentlichen in diesem Geschäft, nämlich dieser Erhöhung, keinen Widerstand gibt. Nun schlägt man uns um die Ohren, was wir hier alles Böse beabsichtigen. Nein, wir wollen hier eigentlich mithelfen, dass dieses Geschäft über die Runde kommt. Und wenn dann diese Evaluation vorliegt und sich dies bewahrheitet, was hier nun hypothetisch geäussert wurde, dann liegt eine neue Situation vor und dann können wir neu darüber diskutieren. Und dann muss man eben das Reglement anpassen. Ihr seht ja, wie einfach es ist ein Reglement anzupassen. Es liegt uns nun heute Abend zur Beratung vor und es wird diskutiert. Es wird genauso diskutiert wie ein Kreditbeschluss. Aber dieses Reglement ist nun Teil dieser Weiterführung von dem, was wir seinerzeit beschlossen. Und es ist kein Geschäft, das ein zukünftiges Angebot definiert. Das wäre nämlich nicht seriös, weil diese Evaluation, wovon Ihr hier redet, noch gar nicht vorliegt. Es geht doch heute Abend nicht darum, einander auf zwei verschiedenen Ebenen die Dinge um die Ohren zu schlagen; vielmehr geht es doch darum das hier weiterzuführen, damit wir eine gute Grundlage haben. Wenn dann die neuen Basisinformationen vorliegen, können wir in sachlicher Form miteinander die neue Situation evaluieren. Um das geht es zumindest mir heute Abend. Und ich glaube, dass dies auch das Grundanliegen derjenigen Leute ist, die aus unserem Lager diesem Antrag zustimmen werden. Aber jetzt sollten wir nicht die Brunnen vergiften und einander unredliche Absichten unterstellen. Zumal mögliche Absichten hinsichtlich der zweiten Phase dieses Geschäfts im Moment ja gar noch nicht geäussert werden können, da die entsprechenden Grundlagen dazu noch fehlen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir diskutierten nun bereits ganz viel. Deshalb bitte ich weitere Einzelsprecher:innen sich wirklich ganz spezifisch auf diesen hier vorliegenden Antrag zu beziehen und nur dazu Stellung zu nehmen, damit wir danach dann einmal über diesen abstimmen können.

Martin Lerch (SVP): Ich erlaube mir dennoch kurz etwas zum Votum von Janina Müller zu sagen. Sie nahm ja während ihrer Ausbildung negative Aussagen wahr. Ich nehme positive Aussagen von Mittagsanlässen für Grossrätinnen und Grossräten mit, die von der PH Bern durchgeführt werden. Dabei wird Langenthal als positives Beispiel dargestellt wird und auf gute Schulleiter hingewiesen, die gut motivieren, passende Leute finden, Praktikantinnen und Praktikanten nehmen, die später auch bleiben. So gibt es kaum grosse Probleme Lehrpersonen zu finden, obwohl man weniger zahlen kann als in angrenzenden Kantonen. Das war eine Message, die mich eigentlich ein wenig stolz machte. Vielleicht gibt es aber noch einen anderen Aspekt zu diesem hier vorliegenden Antrag. Die externe Stelle hätte wohl auch gerne eine gewisse Rechtssicherheit, damit sie diese Aufgabe längerfristig erfüllen kann. Und mit dieser vorgeschlagenen Formulierung wird dies besser gewährleistet. Merci.

Päivi Lehmann (SP): Ich habe einfach eine grundsätzliche Frage zu diesem Antrag: Ist eine derartige lokale Eingrenzung gemäss Submissionsrecht überhaupt juristisch so zulässig?

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Kann dies Ressortvorsteher Matthias Wüthrich beantworten?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Ich kann lediglich meine Einschätzung zu dieser neuen Möglichkeit, wie man das Submissionsrecht leben kann, wiedergeben. Dabei ist es so, dass man im Kanton Bern neu die Möglichkeit schuf, in Reglementen festschreiben zu können, wer einen Auftrag zu übernehmen hat. Dies



entspricht bereits dem Vorgehen, wie wir dies bei der IBL machten. Somit kann man einer Institution, insbesondere, wenn man sie klar beherrscht - was ich wohl als Vorstand von ToKJO jetzt so nicht sagen sollte, aber nun einmal ein Fakt entspricht und Langenthal als Sitzgemeinde mit dem Vertrag bei der offenen Jungendarbeit einen sehr grossen Einfluss ausübt – einen solchen Auftrag übertragen und sie dafür bestimmen. Wie weit es dabei zu Einsprachen dagegen kommen kann und ob man dann irgend einmal zu einem anderen Schluss kommt, wird dann die Zukunft weisen, wenn sich dann dieses Gesetz einmal anhand von Klagen oder Einsprachen zu bewähren hat und ein Urteil dazu vorliegt. Ja, man kann das machen und solche Dinge bestimmen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit ist diese Frage vom Ressortvorsteher entsprechend beantwortet, wonach man dies so machen kann. Es gibt dazu aber auch andere Meinungen, aber ja, man kann das so machen. Gibt es weitere Einzelvoten?

Carmen Cescato (parteilos): Mir geht dieser Satz ein bisschen zu weit. Ich habe das Gefühl, dass wir die Türe schliessen. Jetzt nahmen wir uns alle bereits eine Stunde Zeit um dieses Reglement ändern zu wollen, sodass mir hier irgendwie der Satz fehlt, dass die Leistung entweder in der Verwaltung oder durch eine Organisation ausserhalb erbracht werden kann. Dabei könnte man dann ja einschränken, dass eigentlich gewünscht ist, dass eine mögliche Organisation ihren Sitz im Kreis Oberaargau hat. Aber so tönt es für einfach, wie wenn es gar nie in Frage kommt, diesen Auftrag der Stadt zuzutrauen. Und das finde ich ein bisschen schade. Wenn man dort noch eine Ergänzung anbringen könnte, wäre das eigentlich von mir persönlich gewünscht. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Aber Du stelltest jetzt damit keinen Antrag?

Carmen Cescato (parteilos): Nein, das ist nur eine persönliche Meinung von mir, da ich es schade finde, dass man es so einschränkt und eigentlich die Türe schliesst, sodass nicht die Stadt Langenthal für die Schulsozialarbeit verantwortlich sein kann, zumal es hier ja um Beratungen und um Vertrauen geht. Und ob man hier eine solch grosse Flexibilität hineinbringen will, oder doch lieber eine Konstante, womit die Kinder und Lehrer ein Vertrauen zu den Bezugspersonen aufbauen können, so ist für die Flexibilität wichtiger. Aber das ist nur meine persönliche Meinung.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Okay, danke vielmals und somit gibt es keinen weiteren Antrag. Gibt es nun zum Antrag der FDP/jll-Fraktion noch weitere Wortbegehren von Einzelsprecher:innen?

Patrick Freudiger (SVP): Ich danke noch für die interessante Frage wegen dem Submissionsrecht. Ich versuche festzuhalten, dass eine Beschränkung auf einzelne Anbieter submissionsrechtlich nicht ganz ohne ist. Das ist richtig. Wie es nun der Ressortvorsteher bereits sagte, ist es möglich. Und ich glaube, dass der Schlüssel in der Beschaffungsvereinbarung IVÖB¹ selber liegt, indem Art. 9 sagt, dass die Übertragung einer öffentlichen Aufgabe – und das liegt hier vor – unter gewissen Umständen als das gelten kann, dass dann aber spezialgesetzliche Bestimmungen von Bundesrecht wie auch von kantonalem Recht vorgehen. Aus meiner grossrätlichen Tätigkeit weiss ich, dass wir im Grossrat klarmachten, dass auch kommunale reglementarische spezialrechtliche Bestimmungen vorgehen können. Und ich lese es jetzt eigentlich so, dass durch diese Aufgabenübertragung, die hier gemacht wird und durch die klare Fokussierung, das Submissionsrecht je nachdem gar nicht zur Anwendung kommen müsste. Dann erübrigt sich natürlich die Frage, ob es überhaupt zulässig ist. Durch die von uns geschaffene Rechtsgrundlage sehe ich eigentlich eine Möglichkeit zu sagen, dass wir von diesem Privileg nach Art. 9 IVÖB Gebrauch. Es war mir wichtig dies hier einzubringen, sodass es vielleicht ansatzweise auch in den Materialien festgehalten ist. Ich mache hier von diesem Privileg Gebrauch. Somit würde es eben gar nicht submissionsrechtlich gehandhabt. Selbstverständlich ist dann die Stadt angehalten, ein dementsprechend transparentes Verfahren durchzuführen. Man befindet sich somit nicht einfach im völlig rechtsfreien Raum, aber man unterliegt dann vielleicht nicht

¹ IVÖB = interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen



ganz den scharfen Vorgaben vom Submissionsrecht. Darum komme ich eher zum Schluss, dass dieser Antrag rechtlich in Ordnung ist. Merci.

Nathalie Scheibli (SP): Saima, Du fragtest, ob es sich beim Votum von Carmen Cescato um einen Antrag handelt? Ich überlegte mir dies nun in leiser Diskussion mit links und rechts, sodass ich nun beantrage, diesen Artikel wie folgt zu formulieren: «Die Leistungserbringung kann an Dritte mit Sitz im Verwaltungskreis Oberaargau übertragen werden». Ich möchte diese «kann»-Formulierung beibehalten und ich muss sagen, dass ich natürlich eine Nähe zu Langenthal und auch ein Verständnis für unsere Stadt oder auch für unsere Region begrüsse und diese auch von Vorteil sein kann, weil man dann eben einfach gut vernetzt ist. Aber es schliesst nicht eine Übernahme durch die Verwaltung aus, sollte einmal irgendetwas schiefgehen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir brauchen kurz einen Moment, damit wir diesen Antrag in die eingeblendete Folie einfügen können und es für alle ersichtlich ist. Besten Dank für Eure Geduld. Ihr seht jetzt diesen neuen Antrag zu Art. 7f, Abs 2 unten eingefügt: «Die Leistungserbringung kann an Dritte mit Sitz im Verwaltungskreis Oberaargau übertragen werden». Braucht Ihr einen Sitzungsunterbruch?

Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe die Hoffnung, dass wir heute Abend etwas realisieren können, das zu Beginn im Einleitungsvotum des Ressortchefs beschworen wurde, nämlich einen Kompromiss finden. Und Kompromisse findet man meistens besser, wenn die bestmögliche Übersicht gewährleistet, um überhaupt einen Kompromiss zu finden. Aus diesem Grund möchte ich den Ordnungsantrag stellen, dass wir die Abstimmung zu diesem Absatz verschieben und erst dann durchführen, wenn wir auch bereits die Diskussion über Abs. 3 führten. Daraus ergeben sich dann ja auch vielleicht Änderungen, bei denen man aufeinander zugehen kann. Am Beratungsablauf soll damit nicht geändert werden, diskutieren wir ja weiterhin absatzweise, aber wir stimmen einfach erst am Schluss im Wissen darüber ab, was wo folgt. Somit ist es für die einzelnen Stadratsmitglieder auch etwas transparenter, um das Ganze besser zu überblicken.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Wenn ich es richtig verstand, lautet der Ordnungsantrag, dass die Diskussion zu Abs. 2 zu Ende geführt wird, aber ohne darüber abzustimmen. Anschliessend folgt die Diskussion zu Abs- 3. Darüber abgestimmt werden soll damit erst nach Abschluss der Diskussion zu Abs. 2 und Abs. 3 und somit schlussendlich zum gesamten Reglement. Ist das korrekt? Gut. Wünscht jemand das Wort zu diesem Ordnungsantrag?

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Eine Umkehrung dieser zwei Anträge, die hier jetzt noch im Raum stehen, spielt für uns keine Rolle, weil es an unserer Haltung zum dritten Antrag nichts ändert. Wenn es den anderen Parteien wichtig ist, dadurch bestimmen zu können, ob sie nun den einen oder den anderen Antrag unterstützen, kann dies gerne umgekehrt werden. Aber für uns ändert dies nichts.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Wortmeldungen zum Ordnungsantrag? Das scheint nicht der Fall zu sein. So stimmen wir darüber ab. Ist dies nun ein Antrag von Dir als Einzelperson oder von der FDP/jll-Fraktion? Gut, dann handelt es sich um einen Einzelantrag von Diego Clavadetscher für einen Ordnungsantrag, wonach die Abstimmungen zu Abs. 2 und Abs. 3 erst nach Abschluss beider Diskussionen erfolgen. Wer dem so zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Diego Clavadetscher auf Verschiebung der Abstimmung nach geführter Diskussion zu Abs. 2 und Abs. 3

27 Ja angenommen

6 Nein

6 Enthaltungen

Somit fahren wir nun mit der Diskussion zu Abs. 2 fort, wozu mittlerweile zwei Anträge im Raum stehen; einer der FDP/jll-Fraktion und einer der SP/GL-Fraktion. Wer möchte sich nun zum Antrag der SP/GL-Fraktion äussern? Wie vorgesehen fahren wir mit der Diskussion fort, stimmen aber einfach noch nicht darüber ab.



Diskutieren müsst Ihr ja eigentlich, damit Ihr Euch zum Schluss eine Meinung bilden könnt. Ansonsten werden wir nach Beendigung der Diskussion die beiden Anträge einander gegenüberstellen und der obsiegende Antrag dann gegen den Antrag des Gemeinderates ausmehren. Deshalb ist jetzt noch eine Diskussion möglich, ansonsten ich den Ressortvorsteher abschliessend zum Antrag Abs. 2 um eine Wortmeldung bitte. Gut, dann machen wir das so.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Nathalie Scheibli brachte ein Beispiel, bei dem es nicht gut lief, «leolea» mit der Tagesschule, die wir dann selber übernehmen mussten. Wie wir hörten, gibt es auch ein aktuell laufendes Geschäft, bei dem es nicht gut lief und wir es dann mit der Ferieninsel selber versuchten. Es läuft eben einmal so und einmal anders. Es gibt einen Passus, der besagt, dass der Stadtrat über den Vertrag befindet. Das ist so zu verstehen, dass dann der neue Vertrag dem Stadtrat vorgelegt wird, den wir dann auszustellen haben, wenn der jetzige Vertrag im 2026 ausläuft. Dies erklärt einfach den Aufbau des Geschäfts. Wenn wir nun damit anfangen, gewisse Dinge so genau in Reglemente zu schreiben, indem wir das abbilden, was wir heute haben, dann mag das gut sein. Ich würde es dann aber schade finden, wenn man dann anhand der Evaluation eine neue Lösung erarbeitet und dies dann eine Umsetzung verunmöglicht, weil sie eben nicht dem Reglement entspricht; nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Ausführung, wer wie was genau machen soll. Kommt dazu, dass es den Organisationen Sicherheit gibt, die diese Produkte notabene bereits anboten, bevor wir sie dann – anhand des Vertrags leicht angepasst – bei uns einführen. Mit der vorgeschlagenen Formulierung gibt es dann aber eigentlich keine Sicherheit, weil wir dann auch gerne beide gegeneinander konkurrieren lassen möchten. Das wollte ich noch explizit zu diesen beiden Anträgen sagen, bei denen ich immer noch der Meinung bin, dass unsere Formulierung kurz, knackig und einfach ist. Wenn dann eine Institution diesen Auftrag unbedingt will, so gründet sie dann auch ein Büro in Langenthal. Danke.

Antrag zu Art 7f, Abs. 3

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut. So schreiten wir zur Beratung von Art. 7f, Abs. 3. Gibt es dazu Fraktionen, die gerne das Wort möchten.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Ich verstehe es jetzt so, dass ich den Antrag zuerst einmal überhaupt vorstelle, zu dem ich dann sogleich auch als Fraktionssprecher rede und somit sogleich in Personalunion mache, um damit die Debatte auch ein bisschen zu verkürzen. Da wir ja gleichwohl noch nicht abstimmten, möchte ich zuerst noch kurz anfügen, dass zum Stichwort Submissionsrecht gemäss Art. 10, Abs. 1, lit. e der IVÖB das Submissionsrecht insbesondere dann keine Anwendung findet, wenn es um eine Übertragung an Wohltätigkeitseinrichtungen geht. Dies erwähne ich einfach als Annex und damit verlasse ich das Thema auch wieder.

Das Gute an dieser Diskussion war ja, dass wir damit ein wenig wegekamen vom Grundsatz, ob man diese Entlastung der Lehrpersonen überhaupt will oder ob man dies nicht will, denn Fakt ist, dass es längstens eingeführt ist. Unabhängig davon, ob man jetzt erhöht oder nicht, gibt es einen Sockelbetrag von Fr. 132'000.00 pro Jahr, der dafür ausgegeben wird. Somit ist diese Diskussion in diesem Sinne geführt. Georg Cap erinnere ich höflich daran, dass es eine Motion war, die auch von der SVP-Fraktion mitgetragen wurde, dass man dies so einführt. Das kann man jetzt ignorieren, ändert aber nichts daran, dass es so ist.



Gut, jetzt liegt Ihnen ein Antrag zu Abs. 3 vor. Dazu fallen zwei Dinge auf. Das Erste betrifft den Betrag, der im Reglement steht, der mit einer Teuerungsklausel ergänzt ist. Das Zweite ist, dass der Gemeinderat nachher ermächtigt ist, den Vertrag abzuschliessen. Warum macht dieser Antrag Sinn? Ich erlaube mir vorab auf drei Punkte hinzuweisen: Wie es Corinna Grosenbacher anlässlich der Grundsatzdebatte erwähnte, erhöhte der Stadtrat am 28. August 2023 auf Antrag der SP/GL-Fraktion die Unterstützung für Schulsozialarbeit von Fr. 132'000.00 auf Fr. 162'000.00. Es war dann allen Beteiligten klar, dass diese Erhöhung nur unter der Bedingung ausgegeben werden kann, dass dafür ein Reglement erstellt wird. Die GPK verlangte dieses Reglement ausdrücklich, da es hier um die Übertragung einer bedeutenden Leistung an Dritte geht. Hier reicht nach Art. 68, Abs. 2 des Gemeindegesetzes ein reiner Beschluss nicht aus, sondern dafür braucht es eine reglementarische Grundlage. Diese liegt nun vor, wozu ich dem Gemeinderat bestens danke, dass man dieser Aufgabe nun auch nachkam, die eben mehr umfasst als einen blossen Formalismus. Es wurde dann gemäss Protokoll vom damaligen Stadtratspräsidenten Michael Schenk gesagt, dass «wer diesen Antrag unterstützen möchte» - gemeint ist diese Erhöhung um Fr. 30'000.00 – «und der Kontonummer sowieso gutschreiben möchte, das Geld aber zum jetzigen Zeitpunkt solange nicht gebraucht werden kann, bis dazu ein rechtskonformer Beschluss vorliegt, bezeugt es mit Stimmkarte».

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Geld wurde dennoch ausgegeben, obwohl dieser Beschluss bis heute nicht umgesetzt wurde. Über den damaligen Beschluss diskutieren wir jetzt heute. Im Bericht des Sozialamts wird sibyllinisch darauf hingewiesen, dass man ja dem Budget zustimmte. Allerdings kann das Ja zum Budget nicht weitergehen, als das, was wir hier im Stadtrat beschlossen. Und wenn der Beschluss im Stadtrat mit Vorbehalt erfolgte und es sowieso nur so geht, so kann das Budget-Ja dies nicht überstimmen. Mit anderen Worten gesprochen gab man hier Geld aus, wofür noch gar keine Grundlage bestand. Das ist das erste Problem.

Ein zweites Problem betrifft die Finanzbeschlusszuständigkeit, die als Folge der reglementarischen Anpassung gemäss Ziff. II als Kompetenz dargestellt wird, die der Stadtrat in ausschliesslicher Zuständigkeit fassen könnte. Auch dazu ergeben sich Fragen. Wir wissen, dass es letztlich um die befristete Erhöhung von Anfang 2024 bis Juli 2026 geht, was sich über zwei Jahre erstreckt. Für die Nachkreditzuständigkeit berechnet man aber offenbar nur ein Jahr. Es geht hier um eine wiederkehrende Aufgabe, die man seinerzeit unter Gewährung des fakultativen Referendums genehmigte. Die Nachkreditzuständigkeit umfasst Fr. 50'000.00. Wenn man nur ein Jahr nimmt, kommt man damit durch. Allerdings gehört zur Wahrheit, dass man diese Erhöhung über die Dauer von mehr als zwei Jahre beschloss, wenn man dabei eben das Jahr 2024 miteinrechnet, was man nach meinem Dafürhalten richtigerweise machen müsste. So kommen wir dann auf einen Betrag von über Fr. 50'000.00 und so ist der Stadtrat eben nicht mehr in alleiniger Zuständigkeit kompetent, die entsprechenden Finanzbeschlüsse zu fassen.

Schauen Sie sich Art. 7f, Abs. 3 in der Fassung des Gemeinderates an, so ist das finanzkompetente Organ für die Genehmigung zur Übertragung der Leistungsvereinbarung zuständig. Somit sind wir beim dritten Problem. Dass diese Kompetenz jetzt als erstes für den Vertrag von 2026 gelten soll, wie es zuvor ausgeführt wurde und sich so aus den Materialien nicht ergibt, erscheint mir schlicht falsch. Wenn man die Übertragung der Finanzkompetenz entsprechend anpassen will, so muss es vielmehr so sein, dass ab dem ersten Tag des Inkrafttretens dieses Reglements ein genehmigter Vertrag seitens des finanzkompetenten Organs vorliegen muss. Und dies ist nicht der Fall. Weder in den Grundlagenakten, noch in der Beschlussziffer ist irgendwo vorgesehen, dass der Stadtrat einen Leistungsvertrag genehmigen würde. Mehr noch; als man die Entlastung der Lehrpersonen seinerzeit am 26. Oktober 2020 einführte, genehmigte der Stadtrat den Vertrag ebenfalls nicht. Was ich damit zu sagen versuche, ist, dass man mit der hier vorliegenden Fassung einfach in einen Zustand von Rechtsunsicherheit schliddert, bei der man diesen Leistungsvertrag entgegen

SVP-Fraktion
Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag

Art. 7f Absatz 3 (neu)

³ Für Massnahmen gemäss diesem Artikel (Schulsozialarbeit in der Form der Entlastung der Lehrpersonen) stehen jährlich max. Fr. 162'000.00 zur Verfügung. Der Gemeinderat ist ermächtigt, im Rahmen der Vorgaben dieses Artikels die erforderliche Leistungsvereinbarung abzuschliessen und bei Bedarf anzupassen, sowie den vorstehenden jährlichen Höchstbetrag alle zwei Jahre um die aufgelaufene Teuerung zu erhöhen, erstmals per 1. Januar 2026.

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4



der selbstauflegten, gesetzlichen Verpflichtung per 1. Januar 2025 nicht haben wird. Was ist die Folge daraus? Gemäss zumindest meiner Analyse muss man damit noch einmal in den Stadtrat kommen, damit man bis und mit 2026 diesen Vertrag doch noch genehmigt bekommt, bei dem man ja im Reglement festhält, dass das finanzkompetente Organ den Vertrag zu genehmigen hat. Und, man muss Mitte 2026 gleich nochmals in den Stadtrat kommen, da man ja sagt, dass man nur über einen befristeten bis Vertrag Mitte 2026 verfügt. Das heisst also, dass man also in eineinhalb Jahren dreimal über diesen Kredit zur Entlastung der Lehrpersonen oder Schulsozialarbeit diskutieren muss; das erste Mal heute, das zweite Mal dann, wenn der Vertrag nachträglich genehmigt werden muss, falls man die Fassung gemäss Antrag des Gemeinderates beschliesst und das dritte Mal per Mitte 2026. Das scheint uns reichlich kompliziert und in dieser Komplexität eben auch unnötig.

Wir führten verschiedene Vorgespräche, was auch mehrmals erwähnt wurde, und dabei wurden Bedenken eingebracht, dass es komplex und umständlich ist, wenn man einen Betrag in ein Reglement hineinschreibt. Ja, unüblich ist es schon, aber der Hergang dieses Traktandums mit einer Budgeterhöhung, ohne dass die notwendige Rechtsgrundlage vorliegt, ist eben auch unüblich. Dass man dann innerhalb von eineinhalb Jahren dreimal dieses Geschäft dem Stadtrat vorlegen muss, um dabei immer eigentlich über dasselbe zu reden; nämlich, ob man auf Fr. 162'000.00 erhöhen will, ist gleich auch nochmals unüblich. Vor diesem Hintergrund erscheint es uns einfacher, schlanker und transparenter, wenn man jetzt diesen Betrag von Fr. 162'000.00, über den wir uns ja eigentlich – sogar unter Vorbehalt der Teuerung – einig wären, so in das Reglement schreibt. Und wenn man es dann noch per 1. Dezember 2024 in Kraft setzt, dann hätten wir mit einer bereits in diesem Jahr erfolgten Inkraftsetzung, in dem man das erste Mal das Geld ausgab, sogleich auch noch ein weiteres Problem entschärft.

Zuhanden derjenigen, die hier finden, dass es sich hier um eine unflexible Lösung handelt, möchte ich sagen, dass der letzte Satz eine Erhöhung der Flexibilität darstellt, da mit unserem Antrag – entgegen dem Antrag des Gemeinderates – nämlich der Gemeinderat zum Abschluss und zur Anpassung der Leistungsvereinbarung ermächtigt wird. Ich bin kein Experte in der praktischen Anwendung von Schulsozialarbeit, aber es ist offenbar so, dass man im Moment den Schwerpunkt auf die Krisenintervention legt und somit weniger bei der Prävention machen kann. Wenn man nun findet, dass man eine Verlagerung zu mehr Prävention machen sollte, so braucht dies vielleicht eine Anpassung der Leistungsvereinbarung, ohne dass es finanzbezogene Konsequenzen hat. Mit unserem Antrag, der Ihnen hier jetzt vorliegt, kann der Gemeinderat dies in Eigenregie anpassen und muss damit nicht wieder in den Stadtrat kommen. Aber wenn Sie dem Antrag des Gemeinderates folgen, bei dem das finanzkompetente Organ jedes Mal über die Vertragsanpassung befinden muss, so müsste er für so etwas wieder in den Stadtrat kommen. Also sind wir hier eigentlich der Auffassung, dass gerade diejenigen, die zuvor so sehr den Wert der Schulsozialarbeit hervorhoben, eigentlich ein Interesse daran haben sollten, hier eine zusätzliche Flexibilität zu ermöglichen. Wir sind somit der Auffassung, dass mit diesem Antrag alle Seiten gewonnen hätten und deshalb würden wir Sie um Unterstützung bitten. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Anträge zu Abs. 3? Nein. Das heisst, dass wir nun über diesen Antrag der SVP-Fraktion zur Art. 7f, Abs. 3 diskutieren. Welcher Fraktion darf ich dazu das Wort geben?

SP/GL-Fraktion, Nathalie Scheibli (SP): Ich glaube, dass mir einer mit einer Keule eines über den Kopf ziehen könnte und ich wäre in etwa gleich beieinander wie nach Deinem Votum, Patrick. Für mich ist klar, dass ich Dir juristisch keine Antwort geben kann. Und damit ich mir ein Urteil bilden könnte, müsste ich jetzt eine juristische Gegendarstellung oder Stellungnahme seitens der Verwaltung bekommen, was ich nicht glaube, dass dies in der nächsten halben Stunde oder vielleicht vielmehr in den nächsten Tagen verfügbar ist. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass bei diesem Absatz kein Betrag eingefügt werden soll. Wir werden klar den vorliegenden Vorschlag gemäss B&A unterstützen und hier Nein sagen. Diego Clavadetscher sagte zuvor, dass sich ja schnell über ein Reglement abstimmen lässt. Wenn ich allerdings daran denke, wie viele Telefonate ich in den letzten drei Tagen führte, wenn ich denke, wie lange wir nun hier bereits wieder reden, wenn ich denke, wie viel die Verwaltung noch vor diesem letzten Samstag zu tun hatte, so graust es mich



davor, in eineinhalb Jahren, nein eigentlich früher, weil wir in eineinhalb Jahren ja schon bald wieder eine Nachfolgelösung benötigen, diese ganze Diskussion nochmals führen zu müssen. Es ist nicht üblich Beiträge in Reglementen aufzuführen. Ich unterstütze hingegen, dass man sicherlich den Verpflichtungskredit wieder dem Stadtrat vorlegt, aber diesen Antrag unterstütze ich nicht und unsere Fraktion ebenso wenig. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Fraktionssprecher:innen zu diesem Antrag? Einzelsprecher:innen?

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ich bin rechtlich auch gar nicht auf der Höhe und es ist nicht mein Metier, aber mir erschien es sehr plausibel, was uns Patrick Freudiger erläuterte, merci vielmals. Was mir einfach im Ganzen nicht einleuchtet, ist, dass man eine Evaluation startet, die dann wahrscheinlich einmal, ich denke, wenn es gut kommt, im Sommer 2025 herauskommt, in der dann wirklich fundiert beschrieben wird, was Langenthal braucht, was es nicht braucht und, wie ich annehme, welchen Betrag das kostet. Das wird mit einem Preisschild versehen, mit was ich zumindest fest rechne. Und dies nun bereits zu diesem Zeitpunkt in einem Reglement zu zementieren, erscheint mir nicht logisch. Es wird bestimmt von diversen Seiten Gegenargumente geben, die dem widersprechen können, was ich sage. Für mich erscheint es einfach nicht logisch eine Zahl in einem Reglement zu zementieren, wenn man noch über gar kein Evaluationsresultat verfügt. Merci.

Diego Clavadetscher (FDP): Ja Franziska, nun können wir einmal demonstrieren, wie wir innerhalb der Fraktion jeweils miteinander diskutieren. Ich verstehe das, was gesagt wurde. Aber die Prämisse ist der nächste Schritt dieses Projekts «Schulsozialarbeit». Hier sind ja nun alle gehörten Stellungnahmen bislang der Meinung, dass, bevor man diesen Schritt machen kann, diese Evaluation passieren muss. Nun liegt diese aber noch nicht vor. Dementsprechend kennen wir den Betrag nicht, wie er dannzumal aussehen wird und wir wissen auch nicht, welche gesetzliche Grundlage dann nötig ist. Obwohl dies nun noch nicht durchgeführt wurde, präsentiert man uns nun eine neue gesetzliche Grundlage; «neu» im Sinn von, dass sie bislang noch nicht bestand. Aber genau das zeigt ja, um was es hier geht. Es geht darum das nachzuliefern, was wir bereits seit fünf Jahren haben müssten. Und nur darum geht es. Der Betrag ist im Moment klar und umfasst Fr. 162'000.00, wozu bislang auch niemand etwas anderes verlangte. Wenn wir nun am Nachbessern sind, so machen wir dies hier im Stadtrat, damit wir all diese Probleme, die Patrick Freudiger aufzeigte und an die man bislang offenbar nicht dachte, lösen kann, zum Schutz dieser Personen, die diese Entscheidungen bereits fällten. Das ist der eine Aspekt.

Beim zweiten Aspekt geht es darum, das, was jetzt Gültigkeit hat, im Moment so lange weiterzuführen wie es nötig ist. Es wurde vorher von Nathalie Scheibli gesagt, dass die neue Lösung ja nicht erst in eineinhalb Jahren parat stehen kann, sondern dann bereits greifen muss. Das bedeutet, dass sie vorher vorzubereiten ist, allen Gremien vorgestellt sein muss, um dann dem Stadtrat vorgelegt zu werden, sodass der Stadtrat auch eine anständige Chance hat, über eine neue Lösung zu diskutieren. Seien wir ehrlich miteinander, das, was wir heute besprechen, wurde ja in der Budgetsitzung vom August 2023 vom Stadtrat explizit verlangt; wenn das Geld im 2024 ausgegeben werden soll, braucht es dazu ein Reglement. Was ist das Resultat? Es verging ein Jahr bis nun ein Entwurf zu einem neuen Reglement vorliegt, dieser Reglementsentswurf aber das Problem, das der Stadtrat aufwarf, damit im 2024 das Geld ausgegeben werden kann, nicht löst. Da können wir nichts dafür, zumal man uns zuvor nicht fragte. Was wir allerdings sagen können, ist, dass irgendjemand ein ganz grosses rechtliches Problem hat, wenn der Beschluss, den der Stadtrat heute Abend fällt, nicht explizit das Jahr 2024 beinhaltet. Der Stadtrat sagte in der Vorbereitung zum Budgetbeschluss zuhanden der Stimmberechtigten klar, dass dieses Geld nicht freigegeben ist. Somit wurde in dem Fall zu dieser Position im Budgetkredit kein Beschluss ausgesprochen. Zudem wollen wir ja eben keine Probleme schaffen, sondern sie ausräumen.

Wie gesagt geht es hier um eine provisorische Lösung. Ich sprach soeben über das Jahr, das für die Erarbeitung dieser provisorischen Lösung benötigt wurde. Zählen Sie von heute an ein Jahr dazu und rechnen Sie den zusätzlichen Bedarf für die Evaluation dazu. Zählen Sie die zusätzlichen Monate dazu, die es braucht,



da in der Schulkommission, im Gemeinderat und auch noch in anderen Gremien andere Leute sitzen werden. So können sie sich in etwa ausrechnen, wann dieses Geschäft in den Stadtrat kommt. Am 1. August 2025 müsste es vorliegen. Auf was läuft das hinaus? Auf etwas, das wir bereits x-mal erlebten, dass irgend einmal – ich nenne jetzt einmal März 2026 – das Geschäft in den Stadtrat kommt, als Lösung vorliegend und selbstverständlich durch eine Evaluation gestützt, in Verbindung mit der Botschaft: «Liebe Stadträtinnen, liebe Stadträte, heute Abend könnt Ihr nun dazu Ja sagen. Und wenn Ihr etwas an diesem Geschäft ändert, dann haben wir am 1. August 2026 keine Schulsozialarbeit in Langenthal». Das erlebten wir bereits mehrfach und hielten dazu fest, dass wir dies so nicht wollen. Nun sehen wir es im Voraus, dass es darauf hinauslaufen wird. Dementsprechend sollte man die angebotene Lösung anschauen. Diese Lösung gibt dem Gemeinderat die Möglichkeit, das Provisorium, wie es Einzelne hier bezeichnen und eine andere Lösung beabsichtigen, wozu ich Moment keine Meinung habe, solange weiterführen zu können, wie es eben nötig ist, bis eine neue Lösung auf den ordentlichen Wegen gut und modern gesprochen nachhaltig definiert ist. Genau darum geht es. Wenn wir nun die uns präsentierte Lösung durchstieren, so kann ich Ihnen mit einer grossen Wahrscheinlichkeit sagen, dass wir irgendeinmal Anfang 2026 eine grosse beschwerliche Diskussion miteinander führen, was dann die grosse Lösung gefährden wird. Das ist der Hintergrund, was namentlich Patrick Freudiger hier in grosser Arbeit ausarbeitete und er auch aufgrund der Inputs anderer Meinungen mehrfach anpasste. Von mir ausgesehen ist dies eine Variante, die eben eine Lösung ermöglicht, und ganz sicher nicht verhindert, da sie ja provisorisch ist und die definitive Lösung wahrscheinlich eine Reglementsänderung braucht, weil dann möglicherweise, was viele in Aussicht stellten, die sich intensiv damit beschäftigten, mehr Geld benötigt wird. Das kann man nun in einem Aufwisch behandeln. Es zementiert gar nichts. Es stellt sicher, dass man eine gute Lösung erarbeiten kann, was in dem uns vorgeschlagenen Entwurf des Gemeinderates garantiert nicht möglich ist, weil wir alle zusammen wissen, wie lange wir brauchen, um zu Entscheidungen zu kommen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelsprecher:innen?

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Merci vielmals für die Arbeit und die Ausführungen. Für mich persönlich ist es nachvollziehbar und dennoch störe ich mich an diesem Betrag. Es schwirrt einfach etwas im Raum, so dass ich glaube, dass die Deckelung das grosse Thema ist, wovor ich Angst habe, weil der wirkliche Betrag nach der Evaluation nicht da reingehört und ich diesen ja auch noch nicht kenne. Auch nach zig Gesprächen dieses Wochenende – und ich bin auch keine Juristin – habe ich ehrlich gesagt einfach das Problem, dass ich nicht das Vertrauen habe, dass, falls es gemäss Evaluation mehr als nur diesen Teuerungsausgleich braucht und es um den zusätzlichen Bedarf einer grösseren Summe geht, dies dann nicht einfach so schnell über die Bühne geht und wir danach dann wieder ein Gezanke haben. Ich kann es einfach nicht glauben, es tut mir leid, Diego. Das ist mein Problem.

Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Cornelia, dass wir hier auf Pudels Kern stossen. Auch was Du hier sagt, verstand ich. Du hast – und das werte ich nicht – ein Vertrauensproblem oder ein Projektionsproblem. Wir wissen beide nicht, was dann passieren wird. Aber weisst Du denn, ob der Stadtrat in der Zusammensetzung von 2026, gestützt auf diesen Evaluationsbericht, einem höheren Betrag als Fr. 162'000.00 zustimmen wird? Und das ist doch die entscheidende Frage, ob dies nun gut oder schlecht ist. Oder ob er sogar überhaupt einem Betrag von Fr. 162'000.00 zustimmen wird, oder sich auf den Standpunkt stellt, dass nach dieser temporären Erhöhung um Fr. 30'000.00 weiterhin ein Betrag von Fr. 132'000.00 ausreichend ist? Wenn Du darauf vertraust, dass dann der Betrag in derjenigen Notwendigkeit erhöht wird, wie es sich dann eventuell erweist, dann sehe ich keinen Grund, wieso Du nicht das Vertrauen haben kannst, dass dieselben Leute, die dann in derselben Zusammensetzung darüber abstimmen werden, diesen Betrag auch im Reglement festlegen, wenn sie den Eindruck haben, dass es einen höheren Betrag braucht. Noch einmal, diese Lösung hier gibt für diese Fr. 162'000.00 im Unterschied zu dem, was der Gemeinderat vorschlägt, nicht nur bis Mitte Jahr 2026 Sicherheit, sondern es gibt solange Sicherheit, bis etwas Neues beschlossen wurde. Mit der Lösung des Gemeinderates stehen wir unter Druck, damit wir für das Jahr 2026 eine neue Lösung zustande bringen. Ich stellte die Zeitverhältnisse zuvor ja dar. Dazu gibt es hier mit der Anpassung der Teuerung ein zusätzliches Goodie. Wenn es nur bis ins Jahr 2026 läuft, dann ist dies nicht so relevant. Und wenn



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

es eben länger dauern sollte, was die Geschäfte in Langenthal immer wieder belegen, gibt dies Sicherheit. Um das geht es, Cornelia. Und eben die Frage nach diesem Vertrauen ist berechtigt und ist so. Aber es geht dabei um den gleichen Schritt, den Du von diesen Stadträtinnen und Stadträten erwartest, die im 2026 hier im Rat sitzen, ob sie nun diese Fr. 162'000.00 im Reglement anpassen, oder aber einem Kreditbeschluss zustimmen, der eine höhere Summe festlegt. Das ist nicht garantiert. Garantiert ist hingegen, dass, wenn sie an diesem Tag nicht zustimmen, am 1. August 2026 mit der Lösung des Gemeinderates nicht sicher ist, was die Stadt Langenthal anbieten kann.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ihr wisst alle, dass ich Diego Clavadetscher sehr schätze und Patrick Freudiger ebenso. Und ich bin froh, dass wir dies einmal hier aushandeln können. Was man sich nun ganz klar bewusst sein muss, ist, dass es hier im Stadtrat so oder so ein Gezanke geben wird. Es wird ein Gezanke, sei es, wenn man es im Reglement stehen hat und die Evaluation eventuell zeigt, dass wir mehr Geld benötigen. Das gibt auch ein Gezanke, weil man für eine Betragserhöhung das Reglement anpassen muss, wenn wir einmal von solche einem Fall ausgehen. Es gibt aber auch auf diesem Weg ein Gezanke. Von dem her werden wir eh ein Gezanke haben. Da gehe ich fest davon aus, auch wenn der Gemeinderat ändert und andere Stadträtinnen und Stadträte hier im Saal sitzen. Ich muss nun ehrlich sagen, dass ich mir bei dieser Diskussion schon ein bisschen reuig bin, dass wir damals diese zusätzlichen Fr. 30'000.00 für die Schulsozialarbeit sprachen, was vielleicht ein wenig ketzerisch ist. Merci vielmals.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich weiss nicht, ob es ein Gezanke gibt, aber am Schluss sind wir ja ein Parlament und Ihr wisst, von wo dieser Begriff stammt und wir eben hier sind um zu debattieren und das machen wir auch und ist unsere Aufgabe. So machen wir dann das oder Ihr eben im 2026 auch nochmals. Ich glaube, dass dies nicht so schlimm ist. Was ich Euch nun aber noch sagen möchte, ist, dass ich in der Fraktions Sitzung gegenüber einem solchen Antrag tatsächlich skeptisch war, weil es von mir aus gesehen grundsätzlich falsch ist, feste Frankenbeträge in Reglemente zu schreiben, was mir eigentlich gar nicht passt. Ich muss aber festhalten, dass ich mich schon ein bisschen «contre coeur», aber dank dieser Argumente, dennoch überzeugen liess, dass dies in diesem speziellen Fall möglicherweise nun doch die schlauere Lösung ist. Und deshalb möchte ich Euch dennoch dazu aufrufen nun eben vielleicht über den Schatten zu springen und in diesem Fall dem zuzustimmen. Wie gesagt möchte auch ich grundsätzlich keine Frankenbeträge in Reglementen festschreiben, aber hier könnte es jetzt möglicherweise für die nächsten Jahre zu einer besseren Lösung führen. Ich werde dem jetzt hier trotzdem zustimmen und ich hoffe, dass vielleicht auf der gegenüberliegenden Seite des Ratssaals die Einsicht ebenso noch anwächst. Bei mir wuchs sie, dass man so gleichwohl vielleicht besser fährt. Es ist so, Cornelia, wer dann hier im 2026 darüber abzustimmen hat, kannst Du nicht vertrauen oder nicht, zumal Prognosen zu erstellen einfach schwierig sind, wenn sie die Zukunft betreffen. Das ist einfach so. Wenn man nach dem heutigen Stand des Wissens entscheiden muss, könnte es vielleicht dennoch besser rauskommen, sodass ich hier für einmal eine Ausnahme mache und zustimme, eben einen Frankenbetrag in ein Reglement zu schreiben. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Wortmeldungen und dann vielleicht langsam die letzten?

Georg Cap (GL): Ich bin wieder einmal der Böse und sage, dass ich es richtig unglaublich finde. Mein Verdacht erhärtete sich nun gerade sehr stark, dass mit dem Festschreiben dieses Betrags im Reglement das Ziel verbunden ist, das Geld zu deckeln, sodass man den Betrag nicht mehr so schnell erhöhen kann, falls es dann mehr Geld braucht. Ja, es wurde einmal gesagt, dass ein Reglement schnell geändert ist. Wir sind hier nun über eineinhalb Stunden nur an diesem Traktandum. Somit seht Ihr alle, dass ein Reglement nicht so schnell geändert ist. Und das wissen wir ja eigentlich auch alle. Und deshalb sehe ich es eben als Taktik an, hier einfach irgendwelche Beträge zu deckeln. Umso empörender finde ich es dann, wenn uns Pascal Dietrich und Diego Clavadetscher hier einfach drohen, dass die Bürgerlichen einen höheren Betrag ziemlich sicher ablehnen; und das war nichts anderes als eine Drohung, was Ihr hier machtet. Das finde ich einfach daneben. Das Argument, dass dieser Fixbetrag einiges einfacher macht und dann das Thema vielleicht nicht zwei- oder dreimal in einem halben Jahr in den Stadtrat zu kommen hat, finde ich ebenso ein invalides Argument. Wenn ich mir überlege, wie oft wir in den letzten vier Jahren über den SCL im Stadtrat sprachen



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

und wie schnell wir Hundertausende von Franken mit einem Fingerschnippen für den SCL bewilligten, finde ich es umso lächerlicher hier zu argumentieren, dass es nicht okay ist, wenn das Thema «Schulsozialarbeit» halt eben dreimal in einem halben Jahr im Stadtrat diskutiert wird und man dies unbedingt vermeiden muss. Und dann will man bei der Schulsozialarbeit, die in meinen Augen mindestens so wichtig, wenn nicht sogar wichtiger als der SCL ist, Franken spalten. Deshalb kommt es für mich nicht in Frage diesen Betrag in das Reglement hineinzuschreiben. Merci für die Aufmerksamkeit.

Nathalie Scheibli (SP): Ich glaube, dass Diego Clavadetscher mit seinen Worten dasselbe sagen wollte wie Patrick Freudiger. Ich erhielt aber weiterhin keine Gegendarstellung seitens der Verwaltung, die zu diesem Sachverhalt Stellung nehmen könnte. Dort stehe ich immer noch am selben Ort. Franziska Zaugg sprich mir aus dem Herz, wenn sie sagt, dass wir diese Fr. 30'000.00 vielleicht gescheiter nicht gesprochen hätten. Diego Clavadetscher sagte, dass wir dann ansonsten gar nicht hätten. Ich meinte aber, dass es einen Verpflichtungskredit über Fr. 132'000.000 aus dem Jahr 2020 gibt, der ab 2022 zulasten der Erfolgsrechnung bewilligt wurde. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Betrag auf sicher haben. Somit haben wir nicht gar nichts. Es steht uns einfach in gleich schmalem Ausmass Geld zur Verfügung, wie dies auch in den vergangenen zweieinhalb Jahren der Fall war. Patrick Freudiger sagte, dass das Geld ausgegeben ist. Wenn wir morgen Schokito sagen, dass sie ihre Arbeit einstellen sollen, so stehen noch etwa Fr. 33'000.00 zur Verfügung, was ich einfach einmal ausrechnete, aber auch nicht schwierig auszurechnen ist. Und dann machen die nichts mehr bis Ende Jahr. Und damit ist noch nichts ausgegeben, das nicht genehmigt ist. Abgesehen davon stimmte das Stimmvolk im letzten Jahr wenigstens dem Budget zu. So müsste man sich dann noch fragen, wie ernst man das Stimmvolk nimmt, das Ja sagte? Ich möchte hier den SCL aussen vor lassen. Der hat mit diesem Thema nichts zu tun. Hier geht es um die Schulsozialarbeit und um die Entlastung der Lehrpersonen. Denen gegenüber hat die Stadt und wir als Politikerinnen und Politiker eine Verpflichtung. Und diese Verpflichtung können wir heute Abend auch wahrnehmen. Aber mit solch komplexen Anträgen, die nur ein Bruchteil von uns wirklich versteht, entlasten wir keine einzige Lehrperson. Ich mache wirklich nach wie vor beliebt, die einfache, verständliche Version des Gemeinderates zu unterstützen. Wie Franziska Zaugg bereits darauf hinwies, werden wir irgendwann wieder darüber reden und diese Diskussion und diese Debatte wird genauso hitzig verlaufen wie die jetzige. Aber wir sollten uns jetzt nichts verschenken, zumal wir es auch noch später verkomplizieren können und nun mit einem einfachen Schritt vorwärtsgehen sollten. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Das wäre nun ein schönes Schlusswort zu diesem Antrag. Ich bitte weitere Einzelsprecher:innen explizit nur noch neue Aspekte einzubringen und wiederholt Euch bitte nicht mehr. Deborah Nyffenegger war noch nie am Mikrofon, sodass ich ihr zuerst das Wort erteile.

Deborah Nyffenegger (FDP): Ich möchte kurz darauf eingehen, dass man diese Fr. 30'000.00 gescheiter doch gar nie beantragt hätte. Aber genau darum geht es doch eigentlich heute. Die braucht es anscheinend, weshalb man sie ja auch beantragte. Man beantragte sie im Hinblick darauf, dass ein höherer Bedarf besteht. Ich sehe diese Festsetzung dieses Betrags tatsächlich auch als Deckelung. Ich bin auch Nicht-Juristin, aber ich kann das nachvollziehen, wie es dazu kam, diese Fr. 162'000.00 in das Reglement zu schreiben. Merci.

Pascal Dietrich (parteilos): Georg Cap sprach mich direkt an, sodass ich schon noch kurz eine Antwort geben muss. Da hob es mir nun wirklich den Hut, Georg. Ich glaube, Du hast heute wirklich einen schlechten Abend, sind doch Deine Diskussionsbeiträge überhaupt nicht konstruktiv, sondern im Gegenteil destruktiv, was ich schade finde. Ich sprach in meinem Votum mit keinem Wort, wirklich mit keinem Wort irgendeine Drohung aus, was somit einfach Chabis ist, was Du hier erzählst. Ich möchte Dich dazu aufrufen, Dich wieder ein bisschen konstruktiver und kollegialer zu benehmen. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Können wir nun die Diskussion zu diesem Antrag beenden? Ich würde gerne Ressortvorsteher Matthias Wüthrich die Gelegenheit geben, insbesondere auf die Frage von Nathalie Scheibli einzugehen und zu diesem Antrag Stellung zu nehmen.



Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Die Konzeption des gesamten Geschäfts war nie so angedacht, dass wir im nächsten halben Jahr nochmals dreimal damit in den Stadtrat kommen. Die Konzeption war vielmehr so, dass wir uns diesen Betrag sichern, wobei wir aus unserer Sicht eher zurückhaltend vorgehen und nicht auf lange Zeit hinaus planen, sodass wir eben das Geschäft vorzulegen haben, damit eine neue Lösung verabschiedet werden kann. Das Vorgehen ist so gedacht, dass bei Erneuerung des auslaufenden Vertrags Ihr Euch vor allem vorgängig in den Kommissionen dazu äussern könnt. Dabei gehe ich davon aus, dass auch der zukünftige Ressortvorsteher «Bildung & Jugend» dies mit einer Fachgruppe aus der Volksschulkommission erarbeiten wird und somit die Leute früh ins Boot geholt werden und man dann hier eine Lösung hat, die bereits einem Konsens entspricht und man anschliessend nicht noch zweimal etwas ändern muss oder lange Diskussionen damit verbunden sind. Ich wollte auch weder mich, noch den gesamten Gemeinderat oder meinen Nachfolger in rechtliche Probleme bringen und ich kann hier, liebe Nathalie, heute Abend nicht sagen, ob eine Ablehnung von dem hier rechtliche Konsequenzen nach sich zieht. Erstens weiss ich nicht, ob es so ist und zweitens ob ich überhaupt belangt werden könnte, was sich Stand heute meiner Kenntnis entzieht. Ich erinnere nochmals an mein Votum zu Beginn der Sitzung; mir ist es wie Deborah Nyffenegger wichtig, dass wir heute eine Schulsozialarbeit festigen können, die diese zusätzlichen Fr. 30'000.00 beinhaltet. Mir ist wichtig, dass wir uns Zeit nehmen, das Geschäft sauber vorzubereiten und in der Vorbereitung zur Erneuerung 2026 auch diese Evaluation miteinbeziehen können und man uns nicht darauf belangen kann, dass es ja bereits so im Reglement steht. Dem wurde allseits beigepliziert, dass man dies dann so machen will, wozu ich dann auch in das zukünftige Parlament Vertrauen habe, dass es weiterhin als guter Arbeitgeber agiert und eine gute Schule anbieten will, für die Kinder von Langenthal und zur Entlastung der Lehrpersonen. Danke vielmals und ich bin gespannt auf die Abstimmung.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, es gibt einen Ordnungsantrag von Corinna Grossenbacher.

Corinna Grossenbacher (SVP): Vielen Dank. Aufgrund der hitzigen Debatte würde ich gerne den Ordnungsantrag stellen, dass man vielleicht eine fünfminütige Auszeit einschibt und sich die Fraktionen untereinander nochmals beraten können. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Ich hätte dies eh vorgehabt, wenn wir die Diskussion über den Art. 7f abgeschlossen und abgestimmt haben. So wäre ich nach den Abstimmungen vorgegangen. Wie seht Ihr das, möchte sich jemand dazu äussern? Wollt Ihr jetzt einen Unterbruch? Also stimmen wir über den Ordnungsantrag von Corinna Grossenbacher ab. Ich würde den Unterbruch auf zehn Minuten erweitern mit der Bitte, dass dies schon auch als Pause dient, aber auch zur Diskussion genutzt wird. Wer dem Ordnungsantrag auf eine zehnminütige Pause zustimmen kann, zeigt es nun an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Ordnungsantrag von Corinna Grossenbacher (SVP) auf Sitzungsunterbruch

36 Ja angenommen

0 Nein

3 Enthaltungen

(Es folgt ein Sitzungsunterbruch von 10 Minuten)

Wir fahren mit der Sitzung fort. Hoffentlich konnte die Pause gut genutzt werden. Wir befinden uns immer noch beim selben Traktandum und beim gleichen Reglement. Die Diskussion zum Antrag der SVP schlossen wir mit der Stellungnahme des Ressortvorstehers ab. Gibt es weitere Anträge zu Art. 7f, Abs. 1, abs. 2 oder Abs. 3?

Sandro Baumgartner (SP): Ich würde nochmals gerne einen Ordnungsantrag für einen Sitzungsunterbruch von weiteren fünf Minuten stellen, die wir benötigen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Zu Gunsten von was?

Sandro Baumgartner (SP): Für eine interne Diskussion.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Also für eine fraktionsinterne Diskussion? Gut. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Ordnungsantrag? Dann stimmen wir über einen weiteren Sitzungsunterbruch zugunsten fraktionsinterner Diskussionen ab. Wer diesem Antrag der SP/GL-Fraktion zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über den Ordnungsantrag der SP/GL-Fraktion auf einen weiteren Sitzungsunterbruch

35 Ja angenommen

3 Nein abgelehnt

1 Enthaltungen

(Es folgt ein Sitzungsunterbruch von 5 Minuten)

Wir fahren weiter und ich bitte Euch Platz zu nehmen. Ich stelle erneut die Frage, ob es weitere, letzte Wortmeldungen zu den Anträgen Art. 7f, Abs. 1, abs. 2 oder Abs. 3 gibt? Das heisst, dass wir nun zu den Abstimmungen der Anträge zum Art. 7f kommen. Ihr mögt euch erinnern, dass zu Abs. 2 zwei Anträge vorliegen. Einer, der vorgängig von der FDP/jll-Fraktion mit dieser hier eingblendeten Änderung eingereicht wurde und dann anschliessend kam in der Debatte noch der Antrag der SP/GL-Fraktion dazu. Wir stellen nun diese beiden Anträge einander gegenüber und da kann man entweder für das eine oder andere votieren. Dann wird der obsiegende Absatz dem Absatz des Gemeinderates gegenübergestellt. Gut. Wer dem Antrag der FDP/jll-Fraktion die Stimme geben möchte, zeigt es mit der orangen Karte. Wer den Antrag der SP/GL-Fraktion unterstützen möchte, zeigt es jetzt mit der Karte an. Gibt es Enthaltungen?

Abstimmung über den Antrag der FDP/jll-Fraktion vs. Antrag der SP/GL-Fraktion zu Art. 7f, Abs. 2

20 Ja angenommen

19 Nein

0 Enthaltungen

FDP/jll-Fraktion
Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag FDP/jll-Fraktion
Art. 7f Absatz 2 (neu)

² Die Leistungserbringung wird an eine Organisation ausserhalb der Verwaltung mit Sitz im Verwaltungskreis Obersargau übertragen.

Stadtratsverwaltung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4

Nun wird der Antrag der FDP/jll-Fraktion dem Reglementsentwurf des Gemeinderates gegenübergestellt. Wer nun dem Antrag der FDP/jll-Fraktion die Stimme geben will, zeigt es mit der Stimmkarte an. Wer möchte den Vorschlag des Gemeinderates unterstützen? Enthaltungen?

Abstimmung über den FDP/jll-Antrag vs. Reglementsentwurf des Gemeinderates zu Art. 7f, Abs. 2 (neu)



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

21 Ja angenommen

17 Nein

1 Enthaltung

FDP/JIL-Fraktion

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag FDP/JIL-Fraktion

Art. 7f Absatz 2 (neu)

² Die Leistungserbringung wird an eine Organisation ausserhalb der Verwaltung mit Sitz im Verwaltungskreis Oberrargau übertragen.

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4

So kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag zu Abs. 3. Kann dieser hier eingebledet werden? Merci. Hier geht es um den Antrag der SVP-Fraktion, den wir dem Entwurf des Gemeinderates gegenüberstellen. Wer dem Antrag der SVP-Fraktion die Stimme geben will, zeigt es mit der Karte an. Wer die Variante des Gemeinderates unterstützt, zeigt es nun an. Enthaltungen?

Abstimmung über den SVP-Antrag vs. Reglementsentwurf des Gemeinderates zu Art. 7f, Abs. 3 (neu)

18 Ja

21 Nein abgelehnt

0 Enthaltungen

SVP-Fraktion

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag

Art. 7f Absatz 3 (neu)

³ Für Massnahmen gemäss diesem Artikel (Schulsozialarbeit in der Form der Entlastung der Lehrpersonen) stehen jährlich max. Fr. 162'000.00 zur Verfügung. Der Gemeinderat ist ermächtigt, im Rahmen der Vorgaben dieses Artikels die erforderliche Leistungsvereinbarung abzuschliessen und bei Bedarf anzupassen, sowie den vorstehenden jährlichen Höchstbetrag alle zwei Jahre um die aufgelaufene Teuerung zu erhöhen, erstmals per 1. Januar 2026.

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4

Somit ist Diskussion und Abstimmung zu Art. 7f, Abs.2 und Abs. 3 abgeschlossen. Gibt es weitere Anträge oder Wortmeldungen zum vorliegenden Reglementsentwurf mit Ziff. 1 und Ziff. 2? Wird beispielsweise das Inkrafttreten per 1. Januar 2025 umstritten? Nein, gut. Somit ist der diesbezügliche Antrag kein Thema mehr. So fahren wir mit der weiteren Beratung fort. Nun haben nochmals alle in der gewohnten Reihenfolge die Möglichkeit sich insbesondere auch zum Beschlussesentwurf zu äussern, da wir über diesen bislang noch nicht redeten. Wir werden dann ja im Rahmen des Beschlussesentwurfs dreimal abstimmen und das Reglement konnten wir jetzt ja zu Ende beraten. Gibt es zum Beschlussesentwurf eine Fraktion, die sich dazu äussern möchte? Auch nicht. Gibt es Einzelsprecher:innen?

Patrick Freudiger (SVP): Wenn ich es jetzt richtig mitverfolgte, so wurde nun die Fassung des Gemeinderates zu Art. 7f mit diesen drei Absätzen genehmigt mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2025. Damit entfallen natürlich die Folgeanträge, die angedacht waren, dass man eine unbefristete Lösung anstrebt und man nun der Konzeption des Gemeinderates in Bezug auf die befristete Erhöhung folgte.



Allerdings wäre ich eigentlich der Meinung, dass die Beschlussfassung unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums nach wie vor nötig wäre. Allenfalls kann man das hier einblenden. Wie Ihr seht, beschliesst der Stadtrat gemäss Ziff. II die endgültige Zuständigkeit. Ich wäre eigentlich der Auffassung, dass dieser Beschluss unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums erfolgen müsste. Und diesen Antrag würde ich als Einzelsprecher vorbringen, da es aufgrund der Geschwindigkeit der Ereignisse nicht

möglich war, zu diesem Punkt noch eine Absprache mit der Fraktion zu treffen. So müsste nun der Antrag des Gemeinderates zu Ziff. II so ergänzt werden, dass dies unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums erfolgt. Das wäre der Antrag, den ich als Einzelsprecher stelle.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Genau, jetzt sind wir beim Beschlussesentwurf und Ihr seht, dass das Reglement bereits dem fakultativen Referendum unterstellt ist. Du stellst nun also den Antrag zum Beschlussesentwurf, Ziff. II. Somit geht es hier bei Ziff. II alleine um die Ergänzung «unter Vorbehalt des fakultativen Referendums». Zu Ziff. I, sodass Ziff. I und Ziff. III identisch bleiben. Dazu gibt es noch eine juristische Einschätzung von Stadtratssekretär Michael Strebel.

Stadtratssekretär Michael Strebel: Wir erhielten diesen Antrag ein bisschen spät, um wirklich auch eine entsprechende Abklärung vorzunehmen. Aber in der schnellen Prüfung sind wir schon der Auffassung, dass dies eigentlich nicht dem fakultativen Referendum unterstellt werden kann. Der Antragssteller müsste sagen, auf welche Ziff. des entsprechenden Artikels er sich dabei bezieht. Grundsätzlich vertreten wir aber diesbezüglich eine andere Auffassung.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Möchtest Du Deinen Antrag mit einer Argumentation ergänzen?

Patrick Freudiger (SVP): Danek vielmals für diesen Hinweis, dass natürlich richtig ist, dass der spezifische Artikel zu nennen ist. Somit wäre es Art. 61, Abs 1, Ziff. 3 der Stadtverfassung über die Zuständigkeit der wiederkehrenden Ausgaben. In der Argumentation, weshalb es meinem Dafürhalten nach dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist, erlaube ich darauf hinzuweisen, was ich einleitend sagte. Ich beziehe mich dabei nur auf Ziff. II. Ziff. I erwähnt eine befristete Erhöhung vom 1. Januar 2024 bis 31. Juli 2026. Dies ist die entsprechende Periode, die die Erhöhung betrifft. Wir haben eine Budgetermächtigung für das Jahr 2024, aber es fehlt die notwendige Beschlussgrundlage. Da ist man im Moment am Nacharbeiten. Das heisst, dass wir das Jahr 2024 haben, zu dem ich dezidiert der Auffassung bin, dass das Budget-Ja des Volkes nicht ausreicht, weil das Budget-Ja des Volkes im Bezug auf diese Erhöhung unter dem genau gleichen Vorbehalt steht, wie wir es hier im Stadtrat machten. Da verweise ich insbesondere auf das Protokoll mit Zitat von Michael Schenk, damals Stadtratspräsident, und Sandro Baumgartner, weshalb dies nicht abdeckt ist. Und 2025 geht es um den Nachkredit. Art. 61, Abs. 2, Ziff. 4 der Stadtverfassung besagt, dass die Nachkreditlimite bei Fr. 50'000.00 liegt, ansonsten man im 2020 mit Fr. 55'000.00 nicht einen Nachkredit hätte einholen müssen. Für die Bestimmung der Zuständigkeit ist nach meinem Dafürhalten die Erhöhung von 2024 und 2025 zusammenzurechnen, sodass wir auf zweimal Fr. 30'000.00, sprich zusammengezählt auf Fr. 60'000.00 kommen, was somit über der Nachkreditlimite liegt. Deshalb bin ich der Meinung, dass es dem fakultativen Referendum untersteht. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Kannst Du noch kurz nach vorne kommen, dass wir die korrekte Formulierung gemäss Deinem Antrag notieren und dann für alle einblenden können, besten Dank. Der Antrag sieht nun wie folgt aus, dass der Beschluss gemäss Ziff. II unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums zu stellen ist, gestützt auf die Stadtverfassung Art. 61, Abs. 1, Ziff. 3. Welcher Fraktion kann ich zu diesem Antrag betreffend Beschlussesentwurf das Wort erteilen?

Patrick Freudiger (SVP)

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag Beschlussesentwurf

II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Ziff. 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 18. September 2024 – unter Vorbehalt des fakultativen Referendums – beschliesst:

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4

14. Oktober 2024

5



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP): Mich würde es persönlich noch interessieren, zu welcher Rechtsauf-fassung das Stadtratsbüro in Bezug auf das fakultative Referendum kam?

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Das Büro konnte diesen Antrag nicht diskutieren, son-derem verweist dabei an den Stadtratssekretär, der dazu juristisch Stellung beziehen kann.

SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP): Wäre dies noch möglich?

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Das entspricht höchstwahrscheinlich der bereits ge-machten Aussage von vorher. Aber klar kann es Michael Strebel sehr gerne nochmals darlegen, wenn er das will.

Stadtratssekretär Michael Strebel: Aus diesem Grund ist immer wichtig, dass wir die Anträge frühzeitig er-halten. Ich kann es nochmals wiederholen, was ich vorher bereits sagte. Um dies wirklich ganz genau beur-teilen zu können, müsste ich es nochmals abklären. Aber spontan würde ich sagen, dass dies eher nicht so ist, was ebenso eine Auffassung eines Juristen ist, sodass ich im Moment nicht mehr dazu sagen kann.

SP/GL-Fraktion, Linus Rothacher (SP): Okay. Merci vielmals. Wir konnten es ebenso wenig vorgängig dis-kutieren und so werden wir dann sehen, wie sich die einzelnen Fraktionsmitglieder entscheiden. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Fraktionsvoten zu diesem SVP-Antrag? Gibt es Einzelsprecher:innen? Möchte sich der Ressortvorsteher Matthias Wüthrich dazu äussern?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Für mich es so, dass es entweder dem fakultativen Referendum un-terliegt oder eben nicht. Ich glaube nicht, dass dies der Stadtrat so bestimmen kann, sondern dass die beiden Parteien einig werden müssen, wie man es dann im Anzeiger veröffentlicht.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Ich mache nun folgenden Vorschlag: Wir können über diesen Antrag abstimmen, unter dieser offenbaren Ungewissheit, die hier im Raum herrscht, ob das geht oder nicht. Vorausgesetzt, dass der Antrag so angenommen wird, wäre es eine Option, dass es an das Stadt-ratsbüro zur abschliessenden Beurteilung, ob dies geht oder nicht, delegiert wird. Und dann würde es ein-gefügt oder nicht.

Pascal Dietrich (parteilos): Ich möchte einfach auf Art. 103 der Stadtverfassung verweisen, dort klar, dass im Fall von Unklarheiten über die Auslegung von Bestimmungen der Stadtverfassung dem Stadtrat das Recht der Interpretation zusteht. Der Stadtrat kann, darf, soll, muss die Frage entscheiden, und nicht das Büro. Ich bin dagegen, dass man hier etwas delegiert. Zur Sache selber könnte man schon sagen, dass man dies noch genauer anschauen muss, aber ich gehe eigentlich davon aus, dass wir hier von einer neuen, wiederkehrenden Ausgabe nach Art. 61, Abs. 1, Ziff. 3 reden. Diese wurde einmal unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums so beschlossen, was einen Kostenrahmen von Fr. 100'000.00 bis Fr. 500'000.00 umfasst. Nun reden wir über einen Nachkredit nach Art. 61, Abs. 2, Ziff. 4 und dort steht, dass der Stadtrat in endgültiger Zuständigkeit über solche Nachkredite zu neuen Ausgaben bis höchstens 10% der Zustän-digkeitsgrenze gemäss Abs. 1, Ziff. 1 bis Ziff. 3 beschliessen kann. Das heisst für mich, dass wir somit mit 10% von Fr. 500'000.00 bis zu einer Summe von Fr. 550'000.00 hinausgehen und selber entscheiden kön-nen. Da würde ich den ursprünglichen und den Nachkredit zusammenzählen und wenn dieser diese Fr. 550'000.00 nicht übersteigt, so liegt der Beschluss über den Nachkredit in der endgültigen Zuständigkeit des Stadtrats. Das ist meine vorläufige Auffassung und deshalb werde ich mit Nein stimmen. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Wir werden über den Antrag, so wie er vorliegt, abstimmen und Ihr sagt dazu Ja oder Nein.

Martin Lerch (SVP): Merci für den Hinweis, Pascal Dietrich. Es ist klar, dass wir hier definitiv entscheiden können. Es ist eine Auslegungsfrage und wir können entsprechend auslegen. Und eine Mehrheit legt aus. Es gibt aber auch einen Rechtsgrundsatz «in dubio pro populo»; das heisst, dass man im Zweifelsfall dem Volk das Recht einräumt, was dann eigentlich für das Referendum spricht, sodass ich mich hier für das Referendum ausspreche. Merci.



Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gibt es weitere Einzelvoten zum Antrag? Gut. So stimmen wir darüber ab. Es geht hier um den Beschlussesentwurf, Ziff. II mit den soeben gehörten Ergänzungen. Wer den Antrag von Patrick Freudiger als Einzelperson unterstützen möchte, zeigt es mit der Karte. Wer möchte diesen Antrag ablehnen? Wer enthält sich der Stimme?

Abstimmung über den Antrag von Patrick Freudiger betr. Beschlussesentwurf Ziff. II

13 Ja

19 Nein abgelehnt

7 Enthaltungen

Patrick Freudiger (SVP)

Stadtratsitzung 14. Oktober 2024, Traktandum Nr. 4, Antrag

Antrag Beschlussesentwurf

II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Ziff. 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 18. September 2024 – unter Vorbehalt des fakultativen Referendums – beschliesst:

Verhandlung 14. Oktober, Traktandum Nr. 4

14. Oktober 2024

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäft? Möchte der Gemeinderat ein Schlusswort?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Ich weiss, dass wir nun lange über dieses Geschäft diskutierten. Ich bin mir sicher, dass dies in Eurer Kompetenz ist und Ihr dies nun abschliessend regeltet. Ich bin froh darum, weil es mir wichtig ist, dass wir nun so mit dieser Unterstützung der Lehrpersonen weiterarbeiten können und Euch bis zum Jahr 2026 eine neue Lösung präsentieren, die Ihr hier im Parlament nochmals diskutieren könnt. Da glaube ich, dass nun ein Teil hier und ein Teil dort über den Schatten springen und Ja sagen muss, wir nun aber eine Lösung haben, was dann im 2026 nochmals diskutiert wird. Vielleicht fruchteten nicht ganz alle Überlegungen, die wir uns dieses Wochenende machten. Aber wir haben weiterhin eine Schulsozialarbeit, wozu es nun auch ein Reglement gibt, sodass ich dann auch glaube, dass wir die Motion abschreiben können und nicht noch auf eine weitere Motion warten müssen, die wir dafür benötigen, damit wir die andere abschreiben können. Danke.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Gut, wir kommen nun zu den drei angekündigten Abstimmungen. Wir gehen als Erstes zum Reglement, das wir vorher berieten und dessen entsprechende Änderungen hier noch eingeblendet werden können, was dem Beschlussesentwurf Ziff. I entspricht. Wer nun dieser Teilrevision des Reglements mit den zuvor diskutierten und angenommenen Änderungen zustimmen kann, hält die Stimmkarte in die Höhe. Wer ist dagegen? Enthaltungen?

Bereinigte Fassung

Reglement über das Schulwesen der Stadt Langenthal

Art. 7f

¹ Die Stadt bietet Schulsozialarbeit in der Form der Entlastung der Lehrpersonen an.

² Die Leistungserbringung wird an eine Organisation ausserhalb der Verwaltung mit Sitz im Verwaltungskreis Oberargau übertragen.

³ Die Übertragung erfolgt durch eine Leistungsvereinbarung, welche vom nach ordentlichen Kompetenzordnung zuständigen Organ genehmigt wird.

14. Oktober 2024

Wir schreiten zur Abstimmung von Ziff. II, Abs. 1 bis Abs. 4. Wer dem Verpflichtungskredit und dem Nachkredit zustimmen kann, zeigt es nun mit der Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun geht es noch um die Abstimmung zu Ziff. III. Hier geht es um die Abschreibung der Motion. Wer diese Motion der FDP/jll-Fraktion, SVP-Fraktion und GLP/EVP-Fraktion vom 27. November 2017 «Entlastung der Lehrpersonen» abschreiben möchte, so wie es der Gemeinderat empfiehlt, zeigt es mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Somit konnte Traktandum Nr. 4 abgeschlossen werden und ich bedanke mich für die engagierte Diskussion.



III Abstimmung:

- I. Der Stadtrat beschliesst, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, mit 34 Stimmen Ja gegen 4 Stimmen Nein und 1 Enthaltung:
 1. Die Teilrevision des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 gemäss Änderungserlass wird genehmigt.
 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
- II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 4 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 18. September 2024, beschliesst:
 1. Die befristete Erhöhung des Verpflichtungskredites für die Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen von Fr. 132'000.00 auf Fr. 162'000.00 pro Jahr bis zum 31. Juli 2026 wird genehmigt.
 2. Der für das Jahr 2025 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 30'000.00 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung 2025, Konto 6010.3130.51 "Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen", bewilligt.
 3. Für das Jahr 2026 sind insgesamt Fr. 149'500.00 im Budget der Erfolgsrechnung 2026, Konto 6010.3130.51 "Massnahmen zur Entlastung von Lehrpersonen", einzustellen.
 4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.
- III. Der Stadtrat beschliesst mit 19 Stimmen Ja gegen 20 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:
 1. Die Motion der FDP/jll-Fraktion, der SVP-Fraktion und der EVP/glp-Fraktion vom 27. November 2017: Entlastung der Lehrpersonen (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 5. Februar 2018) wird nicht vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.
 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



5. **Motion der SVP-Fraktion, der FDP/jll-Fraktion und der GLP/EVP-Fraktion vom 31. Oktober 2022: Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage: Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist**

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir schreiten zu Traktandum Nr. 5. Hier geht es um den Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist der Motion der SVP-Fraktion, der FDP/jll-Fraktion und der GLP/EVP-Fraktion vom 31. Oktober 2022 zur «Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage». Das Eintreten ist zwingend und wir fahren sogleich weiter.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Mir wurde eine Berichterstattung des Gemeinderates angekündigt und so hat nun der Ressortvorsteher Roberto di Nino das Wort.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Erlauben Sie mir aufgrund der fortgeschrittenen Zeit dieses Traktandum nur kurz abzuhandeln. Sie erhielten ja bereits die schriftliche Berichterstattung, sodass ich hier nur noch punktuell ergänzen möchte. Die Ausgangslage ist soweit bekannt. Man überwies hier eine Motion mit dem Auftrag, die Finanzpolitik zu konsolidieren. Der Gemeinderat setzte zu diesem Zweck auch eine nichtständige Kommission ein und diese Kommission machte sich an die Arbeit und ich meinte, dass sie sogar sehr intensiv arbeitete. Sie entwickelte nämlich unter anderem ein Modell, das neu und innovativ ist und man im Kanton Bern so auch noch gar nicht kennt. Das war auch der Grund, dass wir bereits in einer frühen Phase das AGR¹ mit ins Boot holten. Man stellte ihnen dies vor und bekam dazu auch eine entsprechend juristische Rückmeldung. Das ist eigentlich der Stand der Dinge, wo wir heute stehen. Die Rückmeldungen werden nun im Rahmen eines Berichts verarbeitet. Es ist dabei die Idee, dass die Kommission in diesem Jahr noch einmal tagt und diesen Bericht zuhanden des Gemeinderates verabschiedet, sodass dieses Projekt in einem klar definierten Zustand in die neue Legislatur starten kann. Das wäre es, merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci vielmals. Eine Berichterstattung der Geschäftsprüfungskommission ist keine angemeldet. Möchten die Motionär:innen das Wort? Das wird nicht gewünscht. Gibt es Fraktionssprecher:innen? Einzelsprecher:innen? Ebenso wenig. Ich nehme an, dass der Gemeinderat nicht nochmals das Wort wünscht. So schreiten wir zur Abstimmung über diese Fristverlängerung bis zum 31. Dezember 2025. Wer dem so zustimmen kann, zeigt dies mit der orangen Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

- 1. Die Fristverlängerung bis 31. Dezember 2025 für die Umsetzung der Motion der SVP-Fraktion, der FDP/jll-Fraktion und der GLP/EVP-Fraktion vom 31. Oktober 2022: Konsolidierung der Finanzpolitik bei attraktiver Steueranlage wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

¹ AGR = Amt für Gemeinden und Raumplanung



6. Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: «Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten»: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Unter Traktandum Nr. 6 geht es um die Stellungnahme zur Motion von Fabian Fankhauser (GLP), Dyami Häfliger (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024 zum Thema «Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten». Das Eintreten dazu ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Eine Berichterstattung ist weder seitens Gemeinderates noch seitens der GPK vorgesehen. Nun hat der Motionär Fabian Fankhauser (GLP) das Wort.

Sprecher der Motion, Fabian Fankhauser (GLP): Ich hoffe, dass wir für dieses Geschäft nicht nochmals drei Stunden benötigen. Als wir den Bericht dazu lasen, durchlebten wir einen ganzen Blumenstraus an Gefühlslagen. Als Erstes freute ich mich für Pascal, weil wir für einmal eine kurze Antwort auf eine Motion erhielten. Aber kurz darauf entwickelten sich unsere Gefühle Richtung Besorgnis, weil das Hauptargument dagegen mit «eigene Beobachtungen» begründet wurde. Ich erlaube mir hier den Tadel eines meiner Dozenten weiterzugeben, weil er jeweils zu sagen pflegte: «This was not very data-driven of you». Wir lasen dann auch noch den ausführlichen Bericht des AföS¹, der tatsächlich in verschiedenen Varianten aufzeigt, dass eine solche Beschränkung rechtlich möglich ist und somit kein Problem darstellt. Da waren wir dann wieder etwas bei der Erleichterung. Die dauerte aber leider auch nur kurz an, weil unsere Gefühle dann in Enttäuschung umschlugen, als wir den zweiten Teil des Berichtes lasen. So fanden wir dann heraus, dass der Gemeinderat nicht nur aufgrund von eigenen Beobachtungen entscheidet; immerhin, sondern aufgrund von falsch interpretierten Daten. Einerseits werden zuerst wild durcheinander aktuell zugelassene Fahrzeuge und die Prozentsätze von immatrikulierten Fahrzeugen verglichen. Andererseits wirkt sich dies dann noch viel fataler aus, da aufgrund von Verkaufszahlen der IBL² davon ausgegangen wird, dass kein grosser Bedarf besteht. Wenn man diese Zahlen aber anschaut, so sieht man, dass man im letzten Jahr denselben Energieabsatz verzeichnete wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen. Oder in zwei Worten zusammengefasst: Exponentielles Wachstum. Wenn man dies zurückrechnet, kommt man in etwa auf eine Wachstumsquote von 130%. Der Energieabsatz stieg somit pro Jahr um mehr als das Doppelte an. Sogar wenn man nun aufgrund von eigenen Beobachtungen zum Schluss kommt, dass es jetzt noch kein Problem ist, schlage ich Euch doch vor dem Kollegen Lerch zuzuhören, wenn er mit Emile De Girardin einmal einen Linken zitiert und sagt: «Gouverner, c'est prévoir!».

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier nun einmal die Chance etwas zu lösen, bevor es vielleicht ein noch ernsthafteres Problem wird. In dem Sinn bitte ich Euch dem Begehren zuzustimmen, auch wenn es ein bisschen atypisch für Langenthal wäre. Wie sich nun meine Stimmungslage entwickelt, liegt in Eurer Hand, ob sie glücklich oder verständnislos ist, sehen wir dann. Das war nun sogleich auch das Fraktionsvotum und je nachdem, wie die anderen Voten ausfallen, müsst Ihr dann nochmals mit mir am Rednerpult vorliebnehmen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. So kommen wir nun zu den Fraktionssprecher:innen. Wem darf ich das Wort erteilen?

FDP/jll-Fraktion, Ruth Jörg (FDP): Wir diskutierten das Traktandum in unserer Fraktionssitzung vom 7. Oktober 2024 eingehend. Wir kamen grossmehrheitlich zum Schluss, diesen Antrag mit Weisungscharakter nicht zu unterstützen. Wir folgen somit dem Antrag des Gemeinderates auf Nichterheblichkeit.

SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn (GL): Die SP/GL-Fraktion nahm den Bericht des Gemeinderates ebenso zur

¹ AföS = Amt für öffentliche Sicherheit

² IBL = IB Langenthal AG



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

Kenntnis und die Meinungen gingen dabei sehr auseinander. Es gab eine erstaunlich lange Diskussion darüber, wie man dies dann umsetzen würde und ob man dann nur für das Laden diese Parkplätze benutzen darf und man die Leute dann anschliessend fortjagt, nachdem der Akku geladen ist oder nicht? Es stand dann auch sehr fest im Zentrum, ob sich dies auch überhaupt verfolgen lässt. Andere sehen aber, dass die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen genau jetzt stark ansteigt und es entsprechend wichtig ist, jetzt ein Zeichen zu setzen und damit auch die richtigen Rahmenbedingungen anzubieten. Dementsprechend wird sich unsere Fraktion gemischt verhalten.

SVP-Fraktion, Patrick Fluri (SVP): Auch wir diskutierten das Thema und primär folgen wir dem Antrag des Gemeinderates, weil wir hier keinen Handlungsbedarf sehen.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): So kommen wir nun zu den Einzelsprecher:innen. Wem darf ich das Wort übergeben? Das wird nicht gewünscht. Möchte sich der Gemeinderat nochmals dazu äussern? Nein. Möchte sich der Motionär nochmals dazu äussern?

Sprecher der Motion, Fabian Fankhauser (GLP): Man staunt: Wenn man etwas nicht will, so scheint es sogar in der SP Law & Order-Politiker zu geben, die sich um die Umsetzung eines Rechts Gedanken machen. Ich würde aber nochmals beliebt machen, diesem Anliegen effektiv zuzustimmen. Wir reden hier über acht Parkplätze von weit über 1'000 Parkplätze im Stadtzentrum und es wird sicherlich keine Einschränkungen geben. Daneben würde es mich doch auch noch Wunder nehmen, wie Ihr Euren Wählenden erklären könnt, wie Ihr nun dafür seid, dass weiterhin Verbrennerautos die Ladeplätze versperren. Merci.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir schreiten zur Abstimmung; zuerst über die Qualifikation und anschliessend über die Erheblichkeitserklärung. Wer dem Gemeinderat folgen möchte und diese Motion mit Weisungscharakter qualifizieren möchte, zeigt dies nun mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen? Wer nun diese Motion gemäss dem Gemeinderat als nicht erheblich erklären möchte, zeigt nun ebenso mit der Stimmkarte. Wer diese Motion für erheblich erklären will, zeigt dies jetzt mit der Karte an. Gibt es Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 40 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen einstimmig:**

I. **Die Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten": wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 18 Stimmen Ja gegen 22 Stimmen Nein und 0 Enthaltungen:**

II. 1. **Die Motion Fankhauser Fabian (GLP), Häfliger Dyami (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. Juni 2024: "Ladeparkplätze für Elektrofahrzeuge freihalten": wird für erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



7. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Wir kommen zu den Mitteilungen des Gemeinderates. Martina, Du hast auch eine Wortmeldung? Dann ist gut so.

Gemeinderätin Martina Moser (SP): Wir machten untereinander ab, dass ich beginne, sodass ich sogleich das Wort dazu ergreife. Ich mache es ganz kurz, möchte ich doch schnell ein Update zum Familienzentrum «Alte Mühle» geben. Zur Erinnerung, ich informierte bereits schon einmal darüber. Auf Initiative von ToKJO¹ wird die Idee eines Familienzentrums in Langenthal seit rund etwa zwei Jahren verfolgt und konnte nun in den letzten Wochen stark konkretisiert werden. Ein ganz wichtiger Schritt in den letzten Wochen fand am 27. Augst 2024 statt, als der Trägerverein «Familienzentrum Alte Mühle» gegründet wurde. Der Vorstand, bestehend aus Vertretenden von ToKJO, der Stadt Langenthal, von Interunido² und der Müttern- und Väternberatung des Kantons Bern, konstituierte sich und nahm die anstehenden Arbeiten sogleich unmittelbar an die Hand. Das ausgearbeitete Modell befindet sich unterdessen auf dem Behördenweg und die Politik wird dann entscheiden können, ob dieses Projekt in der Alten Mühle zum Fliegen kommt. Merci für das Wort.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Sehr gerne. Wer folgt nun? Die angekündigte Wortmeldung von Reto Müller? Nein, Moment. Für was habe ich Notizen, wenn sie nicht stimmen? Also, so kommt zuerst noch Matthias Wüthrich.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Entschuldigung. Für die Schulraumplanung genehmigte der Gemeinderat eine neue Projektorganisation. Diese wird ihre Arbeit noch dieses Jahr mit dem Ziel aufnehmen, die drei Geschäfte mit den Kindergärten und den Tagesschulen neu anzugehen und gemäss den motionierten Anliegen ebenfalls in die gesamte Planung mitaufzunehmen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, dass sich auch die Gegerschaft dieser drei Projekte in diesem Prozess einbringen kann. Gleichzeitig ist es ihm weiter wichtig, dass man beim Schulzentrum Hard nicht auf Provisorien setzen muss. Daher sollen nach einer aktualisierten Bedarfsaufnahme die bereits im Investitionsplan aufgenommenen Projekte zügig angegangen werden. Wir sind uns sicher, dass wir so das Dilemma mit den Provisorien umgehen und eine mehrheitsfähige Lösung für sichere Schulwege und eine zukunftsfähige Schule Langenthal erarbeiten können. Danke für Eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Danke. Möchten nun ansonsten vielleicht noch Michael Schär, Roberto di Nino oder Helena Morgenthaler etwas sagen? Nein, so ist nun wirklich Reto Müller an der Reihe.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich habe nur kurz eine Information weiterzugeben, dass der Gemeinderat einen Nachkredit über Fr. 12'000.00 zulasten des Kontos «Jahresschlussessen der Behörden» sprach. Das bedeutet, dass der Gemeinderat alle Behördenmitglieder zum Ende der Legislatur zu einem Schlussessen im Bären Langenthal einladen kann und will. Warum wollen wir das? Die Vorgehensweise in diesem Jahr ist mit dem Legislaturwechsel und mit mindestens vier zu verabschiedenden Gemeinderatsmitgliedern – wir gehen dabei vom Optimalfall aus, dann wären es vier – und dem alsbald anstehenden Stabswechsel beim Stadtschreiber angezeigt. Wir finden, in diesem Jahr mit dem Ende der Legislatur und auch mit allen Wechseln, die anstehen, dass wir dies so machen möchten. Merci für Eure Kenntnisnahme und ich danke, wenn Ihr der Einladung am 16. Dezember 2024 des Gemeinderates Folge leistet, was im Anschluss an die Stadtratssitzung stattfinden wird. Es würde uns sehr freuen. Ich wünsche Euch allen nun einen schönen Abend und dann bei den Wahlen das Resultat, was Ihr Euch wünscht. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Merci. Gibt es noch weitere Mitteilungen des Gemeinderates? Okay, gut.

¹ ToKJO = Kinder- und Jugendfachstelle Region Langenthal

² Interunido = Organisation für Bildung und Integration von Menschen, die aus dem Ausland stammen und im Oberaargau Fuss fassen möchten



8. Bekanntmachung der eingereichten parlamentarischen Vorstösse

Es wurden keine Vorstösse eingereicht.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung vom Montag, 14. Oktober 2024

In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Saima Linnea Sägesser (SP): Somit sind wir am Ende der Sitzung. Die nächste Stadtrats-sitzung findet am 25. November 2024 statt. Beginn der Sitzung, Traktanden und Unterlagen werden Euch rechtzeitig mitgeteilt, respektive zugestellt. Bis dann wünsche ich allen, die mitwirken, einen ergiebigen und freudigen Wahlkampf. So freue ich mich Euch alle bei der nächsten Sitzung wieder zu sehen. Gute Nacht!